

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

3. Jahrgang Nr. 4 - Oktober 1977

Nachrichten und Informationen:	Seite	1
Neuwahl des Studienkreis-Vorstandes -		
Hans Brack - 50 Jahre Rundfunk auch in Irland -		
Forschungsprojekt Rundfunk und deutsches Exil -		
Auftragskompositionen seit 1945 - Fünfzehn		
Berliner Mittelwellensender		
8. Jahrestagung Tübingen 9.-11. September 1977:		
Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden	Seite	4
Pressestimmen	Seite	6
Willibald Hilf: Regionalität als Programm- auftrag	Seite	8
Hermann Bausinger: Vermittlung der Nahwelt? - Zur Funktion der Regionalprogramme	Seite	22
Winfried B. Lerg: Radio vor der Tür - Lokalrundfunk als kommunikationspolitische Alternative	Seite	33
Friedrich P. Kahlenberg: Tondokumente zur Früh- geschichte der Bundesrepublik Deutschland - Zum Problem der Überlieferungsbildung in einem Schall- archiv	Seite	43
Bibliographie	Seite	50
Zeitschriftenlese		

Mit rund fünfzig Seiten ist dieses das bisher umfangreichste Heft, weil es von der Tübinger Jahrestagung drei - zum Teil schon vorher in Auszügen an anderer Stelle abgedruckte - Referate im vollen Wortlaut mitsamt Quellenangaben enthält. In Nr. 1/1978 sollen die Texte der Referate "Sprache in den Funkmedien" (Erich Straßner) und "Die Funktion von Musik im Rundfunk - Grundlagen und Auswirkungen" (Helmut Rösing) folgen, während Friedrich-Wilhelm Hymmen den Abdruck seines Vortrags ("Medienpolitik ohne Gedächtnis - Warum sie von der Rundfunkgeschichte so wenig Gebrauch macht") in epd/Kirche und Rundfunk angekündigt hat. Das auf die Weimarer Zeit bezogene Kapitel ist soeben unter dem Titel "Rundfunk-Unfreiheit vor 1933" in Heft 11 der Zeitschrift "Medium" erschienen.

Der neue Studienkreis-Vorstand

Prof. Dr. Wilhelm Treue, Göttingen (1.Vors.); Dr. Harald Heckmann, Frankfurt, und Ludwig Kroll, Mainz (stellv.Vors.); Wolfgang Hempel, Baden-Baden (Schatzmeister); Walter Först, Köln (Schriftführer); Beisitzer: Prof. Dr. Walter Bruch, Hannover; Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg, Koblenz; Prof. Dr. Winfried B. Lerg, Münster; Dr. Rolf Steininger, Hannover; Dr. Josef Hackforth, Münster; Prof. Dr. Rainer Kabel, Berlin; Dipl.-Ing. Frithjof Rudert, Darmstadt; Werner Schwipps, Köln.

+ + +

Hans Brack

Im Alter von 70 Jahren ist am 1. Oktober 1977 während einer Tagung der UER (Union der Europäischen Rundfunkorganisationen) in Luxemburg der langjährige Justitiar, Verwaltungs- und Finanzdirektor des Westdeutschen Rundfunks Köln, Prof. Dr. Hans Brack, gestorben. Brack, am 2. April 1907 in Giessen geboren, hatte neben Rechtswissenschaft auch Ökonomie und Sprachen studiert und war Dipl.Kaufmann und Dipl.Dolmetscher. Nach Tätigkeiten in der Reichsfinanzverwaltung und im Zentralhaushaltsamt für die britische Zone kam er am 1. Februar 1948 als Justitiar zum damaligen Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) Hamburg. In dieser Funktion hat er Anfang der fünfziger Jahre - allerdings erfolglos - versucht, das Auseinanderfallen dieser Vier-Länder-Anstalt durch eine größere Dezentralisierung zu verhindern. Von 1955 bis Ende 1970 war er Justitiar und Verwaltungsdirektor des neuen WDR, bis Mitte 1974 Hauptgeschäftsführer der Westdeutschen Werbefernsehen GmbH (WWF). Brack hat maßgeblich an der Gründung der ARD, dem Abschluß des "Fernsehvertrages", am Finanzausgleich der Rundfunkanstalten sowie an der Urheberrechtsreform mitgewirkt. Auf seine Initiative wurde an der Universität Köln, die ihn im Oktober 1962 zum Honorarprofessor ernannte, das "Institut für Rundfunkrecht" gegründet, dessen Mitdirektor Brack 1967 wurde. In zahlreichen Aufsätzen und einigen Monographien hat sich Brack zu rundfunkrechtlichen Problemen geäußert. Die ARD vertrat er bis zu seinem Tode auf internationaler Ebene.

(W.B.)

+ + +

50 Jahre Rundfunk auch in Irland

Im Jahre 1926 begann Radio Éireann in Dublin regelmäßig Sendungen für den Freistaat Irland, die heutige Republik Irland, auszustrahlen. Aus Anlaß des 50-jährigen Jubiläums veröffentlicht RTE ("Radio Telefis Éireann") eine Sammlung von Erinnerungen an die Frühzeit der Programm- arbeit und an wichtige Stationen in der Entwicklung des Rundfunks in Irland in einem Band "Written on the Wind. Personal Memories of Irish Radio 1926-1976", hrsg. von Louis McRedmond (Gill and Macmillan Ltd.). Dublin 1976, 171 Seiten Ln. Dónall Ó Móráin, der gegenwärtige Vor- sitzende der Rundfunkbehörde in Irland, betont in seinem Geleitwort, daß sich auch in Irland "das Mikrofon als Alliiertes, nicht als Feind gegenüber Büchern, Zeitungen und Magazinen erwiesen" habe, wobei das Radio aber nachdrücklicher das Volk erreichte als irgendein Medium je zuvor. In dem Band schreiben zwei Vertreter der Aufsichtsbehörden des Staates neben drei früheren Programmdirektoren der Anstalt, außerdem solche "Zeugen", die selbst wichtige Programmbeiträge verantworteten: Rundfunkjournalisten, Musiker, Romanciers und Journalisten. Es ist nur logisch, daß der Beitrag von Proinsias Ó Conluain über volkscund- liche Sendungen, die bei der Formation eines nationalen Identitäts- gefühls in der Republik Irland seit der Unabhängigkeit eine wichtige Rolle spielten, in gälischer Sprache veröffentlicht wird. Rundfunk- geschichte hat bislang in Irland ebensowenig wie die Publizistik- wissenschaft eine Heimstatt gefunden; um so begrüßenswerter ist die Initiative der Rundfunkleute in Irland, das Jubiläum zum Anlaß der Veröffentlichung von Zeugnissen der praktischen Programmarbeit in den zurückliegenden 50 Jahren genommen zu haben.

(FPK)

Forschungsprojekt: Rundfunk und deutsches Exil 1933-1945

Rundfunkarbeit deutscher Publizisten im erzwungenen Exil zur Zeit des Nationalsozialismus ist ein bisher nicht bestelltes Forschungsfeld der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft mit starker politischer und zeitgeschichtlicher Gewichtung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in Bonn-Bad Godesberg fördert im Rahmen des Schwerpunktprogramms "Exil- forschung" neben den bisherigen Projekten auf den Gebieten Literatur, Presse, Film nun auch eine Untersuchung zum Thema "Exil und Rundfunk". Träger dieses Projektes sind das Deutsche Rundfunkarchiv in Frankfurt am Main und das Institut für Publizistik in Münster. Die Recherchen zielen auf eine Sammlung und Dokumentation überlieferter Ton- und Textmaterialien, eine systematische Darstellung der Rundfunktätigkeiten deutscher Emigranten unter den kommunikationspolitischen Bedingungen der Gastländer und ihrer Rundfunkpropaganda gegen das III. Reich. Sie gelten den unterschiedlichen Organisationsformen der einzelnen Sender und einer exemplarischen Programmanalyse. Dabei sollen Ziele, Reich- weiten und Wirkungen des Rundfunks im Hinblick auf die deutschen Hörer in die Untersuchung einbezogen werden.

(Dr. Elke Hilscher)

Auftragskompositionen seit 1946

Als Nummer 7 der Reihe "Bild- und Tonträger-Verzeichnisse", herausgegeben vom Deutschen Rundfunkarchiv, erschien soeben ein Katalog "Auftragskompositionen im Rundfunk 1946-1975", zusammengestellt und bearbeitet von Anneliese Betz. (Frankfurt am Main 1977. DM 26,--)

Der 210 Seiten starke Band zeichnet, nach Rundfunkanstalten gegliedert, alle nachweisbaren Kompositionen auf, die im angegebenen Zeitraum im Auftrage des Rundfunks komponiert worden sind, zusammen mit den Namen der Interpreten, dem Datum der Auftragserteilung, dem Datum der Uraufführung und der Bandnummer, unter der die Komposition der betreffenden Rundfunkanstalt aufbewahrt wird. Der Katalog enthält zusätzlich ein Komponisten- und ein Interpretenregister. In einem ausführlichen Vorwort resümiert Hans Wilhelm Kulenkampff, ehemals Musikchef in Hamburg und Frankfurt und damit ein kompetenter Kenner der Materie, 30 Jahre Musikgeschichte, wie sie im Rundfunk gestaltet wurde. Kulenkampff weist darauf hin, daß das, was sich in diesem Katalog gesammelt darstellt, rein quantitativ vermutlich alles übertreffe, was in anderen nationalen Rundfunkbereichen zur gleichen Zeit auf diesem Gebiet getan werden konnte. Er vermerkt, daß die föderative Struktur des Rundfunks bei uns dazu die Möglichkeiten gegeben hat, und kommt zu dem Schluß, daß ohne den Rundfunk und seine Kompositionsaufträge die Musik unserer Zeit vielleicht in sich nicht anders, auf jeden Fall aber enger und ärmer wäre.

(DRA)

Fünfzehn Berliner Mittelwellensender

Im "Archiv für das Post- und Fernmeldewesen" 1977/Nr. 5 ist von Prof. Dr.-Ing. H. Brunswig erschienen: "Die Berliner Rundfunksender 1923 bis 1945". Die Arbeit behandelt auf 57 Seiten mit 96 Abbildungen lückenlos die Entwicklung der nicht weniger als 15 Mittelwellen-Rundfunksender, die von 1923 bis 1945 in Berlin tätig waren. Alle Sender werden mit detaillierten Schaltbildern ausführlich im Text beschrieben und in Abbildungen dargestellt. Die Arbeit enthält vieles, was bisher nirgendwo veröffentlicht wurde. Im anschließenden Literaturverzeichnis mit 89 Positionen wird nicht nur eine Zusammenstellung der wichtigsten Arbeiten über die Berliner Rundfunksender gegeben, sondern im Interesse geschichtlicher Treue auch auf Fehler in diesen Veröffentlichungen hingewiesen, damit sich nicht immer wieder falsche Angaben von einem Verfasser zum anderen fortpflanzen.

Im "Archiv für das Post- und Fernmeldewesen" 1973/Nr. 5/6 hat Prof. Brunswig als Anhang zu dem Aufsatz von Kronjäger, Pressler und Vogt eine "Tabellarische Darstellung der Ton- und Fernseh-Rundfunksender der DRP und DBP" vorgelegt. Diese Tabellen mit einem Umfang von 181 Seiten bringen eine Aufstellung aller technischen Daten von sämtlichen Sendern und Antennen, die jemals an den einzelnen Rundfunk-Sendestellen gearbeitet haben, mit den genauen Zeitpunkten ihrer In- und Außerbetriebnahme sowie den benutzten Wellenlängen. Aufgeführt sind alle Lang-, Mittel-, Kurz- und Ultrakurzwellensender der ehemaligen Deutschen Reichspost bis 1945, einschließlich der 22 fahrbaren Sender mit genauer Angabe ihrer Einsätze als Soldatensender. Ferner sind enthalten sämtliche nach 1945 von der Deutschen Bundespost betriebenen Rundfunk- und Fernsehsender, auch hier mit allen an den einzelnen Standorten eingesetzten Sendern und Antennen.

Interessenten können beide Hefte zum Preis von nur DM 1,-- je Einzelnummer zuzüglich Versandgebühr vom Verlagspostamt 5000 Köln 1 durch Bestellung am Postschalter beziehen.

(Red.)

8. JAHRESTAGUNG DES STUDIENKREISES IN TÜBINGEN 9.-11. September 1977

Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden Prof. Dr. Wilhelm Treue:

Seit unserer Gründung haben wir uns immer wieder mit einem Mißverständnis auseinanderzusetzen. Ich muß zugeben, daß sich die Gründer des Studienkreises in den Jahren 1967 und 1968 im wesentlichen darauf konzentriert hatten, die Rundfunkgeschichte zu behandeln, und so ist auch in der ersten Satzung die Formulierung zu finden:

"Die Aufgabe des Vereins ist es, im Zusammenwirken mit der Wissenschaft, der Historischen Kommission der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der Rundfunkindustrie und anderen entsprechend interessierten Institutionen die Erforschung und Darstellung der Rundfunkgeschichte zu fördern und zu betreiben."

Aber schon im Verlauf der Vorbereitungen zur offiziellen Gründungsversammlung am 10. Juni 1969 in Ludwigshafen stellte sich heraus, daß eine Beschränkung auf die reine Geschichte des Rundfunks eine zu starke Eingengung unserer Arbeit bedeuten würde, da sich eine ganze Reihe von anderen Wissenschaftsdisziplinen für eine Zusammenarbeit im Rahmen eines solchen Studienkreises interessierte. Wir haben daher zweieinhalb Jahre später, am 6. April 1972 in Mainz, den § 2 (2) wie folgt geändert:

"Die Aufgabe des Vereins ist es, im Zusammenwirken mit der Wissenschaft, den Rundfunk- und Fernsehanstalten, der Rundfunkindustrie und anderen entsprechend interessierten Institutionen des In- und Auslandes die Erforschung und Darstellung der Rundfunkgeschichte sowie Arbeiten auf allen Rundfunk - (Hörfunk und Fernsehen) bezogenen Wissenschaftsgebieten zu fördern und zu betreiben."

Vor dieser Satzungsänderung ist ausführlich darüber diskutiert worden, ob wir nicht den Namen des Studienkreises in "Rundfunk und Wissenschaft" ändern sollten. Es gab Stimmen dafür und dagegen; wir waren aber der Meinung, daß sich inzwischen der Studienkreis bereits mit seinem ursprünglichen Namen so etabliert hatte, daß es uns nicht zweckmäßig erschien, nun eine Namensänderung vorzunehmen.

Ich habe vor dieser Tagung noch einmal die MITTEILUNGEN, deren Nr. 1 im Oktober 1974 erschienen ist, durchgeblättert und kann auch da feststellen, daß sich der Studienkreis sowohl in seiner eigenen Arbeit als auch in der Behandlung und Kommentierung anderer Bemühungen keineswegs auf die Rundfunkgeschichte im eigentlichen Sinne beschränkt; sowohl bei den publizierten Aufsätzen als auch in den bibliographischen Zusammenstellungen wird das gesamte Spektrum der sogenannten Rundfunkwissenschaft berücksichtigt. Stellte man einmal eine Liste der Teilnehmer an den jährlichen Doktoranden-Kolloquien und deren spezielle Themen zu Hörfunk und Fernsehen zusammen, so würde man ebenfalls merken, daß hier die Rundfunkhistoriker in der Minderheit sind. Auch in unserer 1975 begründeten Schriftenreihe "Rundfunkforschung" im Verlag Volker Spiess, Berlin, ist das breite Spektrum unserer Arbeit und unserer Interessen sichtbar. Von den fünf bisher erschienenen Bänden sind eigentlich nur zwei historische Dissertationen; Band 1 ist eine Doktorarbeit der Politikwissenschaft, in Band 3 finden sich Aufsätze von Historikern, Literaturwissenschaftlern, Kommunikationswissenschaftlern und Politologen, Band 4 besteht aus zwei kommunikationswissenschaftlichen Dissertationen. Der in Vorbereitung befindliche Band 6 ist eine umfangreiche

und sehr interessante Dissertation von Frau Helga Montag, angenommen im vergangenen Jahr vom Herrn Kollegen Wolfgang R. Langenbacher am Kommunikationswissenschaftlichen Institut der Universität München. Es handelt sich bei dieser Arbeit - "Privater oder öffentlich-rechtlicher Rundfunk? Initiativen für einen privaten Rundfunk in der Bundesrepublik" - ganz sicher nicht um eine historische Arbeit, wenngleich sie sehr bald für die Rundfunkhistoriker eine ausgezeichnete Quelle sein wird. -

Ursprünglich hatte ich mir überlegt, ob ich Ihnen nicht einen gerafften Überblick über in den vergangenen Jahren erschienene Veröffentlichungen zu Hörfunk und Fernsehen geben sollte; aber ich möchte das nicht tun, weil es eigentlich unnötig ist. Einmal finden Sie, soweit es unsere eigenen Aktivitäten betrifft, doch eine Fülle von Informationen in den inzwischen in 12 Nummern vorliegenden MITTEILUNGEN. Zum anderen liegt für den Bereich der Rundfunkgeschichte seit Anfang dieses Jahres eine vorzügliche Bibliographie vor, die von der Bibliothek des Westdeutschen Rundfunks Köln als Heft 3 der Reihe "Kleine Rundfunkbibliothek" veröffentlicht wurde. Dieses 318 Seiten starke Literaturverzeichnis, das sich bescheiden "Heft" nennt, sollte man sich beschaffen, wenn man auf dem Sektor der Rundfunkgeschichte arbeiten möchte. -

Wir, der Studienkreis, sind nicht die ersten, die darauf hinweisen, daß es der aktuellen Medienpolitik und den zahlreichen anhaltenden Diskussionen darüber guttun würde, gelegentlich, die rundfunkgeschichtlichen Kenntnisse erweiternd, auf die Rundfunkgeschichte zurückzugreifen. Beispielsweise bei der Gebührendiskussion: Kenner der Rundfunkgeschichte wissen, daß es Diskussionen um die Aufteilung der zur Verfügung stehenden Finanzmasse schon in den späten zwanziger Jahren gegeben hat. Schon damals wurden alle Ungereimtheiten des Systems durchdiskutiert, Ungereimtheiten insofern, als schon die Programmgesellschaften in der Weimarer Republik finanziell sehr unterschiedlich ausgestattet waren und es bereits damals einen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Gesellschaften gab. Königsberg und Breslau nahmen natürlich sehr viel weniger Hörergebühren als Hamburg, Köln, Frankfurt und München ein. Das heutige System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks entspricht in der geographischen Einteilung weitgehend der föderalistischen Struktur der Bundesrepublik, und die ist bekanntlich zu beträchtlichen Teilen auf die Zufälligkeit der Bildung der neuen Länder durch die Besatzungsmächte in den Jahren 1945 und 46 zurückzuführen. Vorwürfe an die Adresse der ARD-Anstalten, sie sollten die finanzielle Ungleichheit der einzelnen Anstalten durch Umstrukturierung ausgleichen, ja selbst die immer wiederkehrenden Vorschläge des Düsseldorfer Ministerpräsidenten Heinz Kühn, die Rundfunklandschaft auf fünf große Anstalten in der Bundesrepublik herunterzureformieren, gehen an die falsche Adresse, weil da unhistorisch gedacht wird. Eine territoriale Rundfunkreform kann nicht einer Länderreform vorangehen, sondern nur auf sie folgen, und was die Länderreform betrifft, wie sie Artikel 29 des Grundgesetzes bis vor einigen Jahren zwingend vorschrieb, so ist diese bekanntlich jetzt nur noch eine Kann-Vorschrift und damit wohl entgegen ihrer Notwendigkeit aus eng parteipolitischen Gründen bis zum Sankt-Nimmerleinstag aufgeschoben. -

Zu den Dauerthemen des Studienkreises gehört seit Jahren der Themenbereich Quellen und Dokumentation. Wir haben nicht wenige Hörfunk- und Fernseh-Archivare unter unseren Mitgliedern, vom Deutschen Rundfunkarchiv in Frankfurt, das durch seinen Leiter Dr. Heckmann im Vorstand vertreten ist, ganz abgesehen. Es ist schon Jahre her, daß wir uns, und das war auf der Jahrestagung in Mainz 1972, sehr breit mit Problemen der Archive und der Dokumentation beschäftigt haben. Ich will das nicht im einzelnen wiederholen, die meisten von Ihnen erinnern sich daran wie an die schöne Mainzer Tagung insgesamt. Aber für die Tätigkeit des Studienkreises sollte es doch gelegentlich verzeichnet werden, daß wir das Gespräch über diesen Themenbereich haben bereichern können, daß die Probleme manchem dadurch noch mehr bewußt geworden sind und inzwischen die verschiedenen Gruppen, die damit befaßt sind - von Redakteuren über Archivare bis hin zur Wissenschaft -, nicht zuletzt auch durch uns stärker miteinander ins Gespräch gebracht worden sind. Dabei sollte sich der Studienkreis nicht genieren, auch zu sagen, daß die Quellensicherung im ganzen und in jedweder Form, die ganz ohne Zweifel eine Aufgabe von hoher kulturpolitischer Relevanz ist, in der Bundesrepublik bis jetzt keineswegs optimal ist. -

Aus Pressestimmen:

Daß Tübingen für eine Tagung wie die des Studienkreises überaus geeignet ist, war wohl den Veranstaltern von vornherein einsichtig. Die rund 150 Teilnehmer aus Wissenschaft und Rundfunk waren überaus fleißig - jedenfalls was das Zuhören betrifft. Die Diskussion kam leider infolge des dichtgedrängten Programms zu kurz. Dennoch kann das Gesamturteil über die Tagung nur positiv ausfallen. Die Qualität der Vorträge war über alle Zweifel erhaben, und die vielen Kontaktmöglichkeiten am Rande der Tagung haben sicherlich ihren Nutzen für die Teilnehmer gehabt. Als Fazit ist festzuhalten: Das Spektrum des Interesses und der Tätigkeit des Studienkreises weitet sich immer mehr aus. Die Arbeit ist, wie Professor Kahlenberg es ausdrückte, in die Phase der Konsolidierung getreten. Kurz: Der Studienkreis hat sich innerhalb weniger Jahre zu einer wichtigen Einrichtung entwickelt.

FUNK-Korrespondenz Nr. 37/14.9.1977

Ludwig Maaßen

"Die Zeitung in der Hand ist mir trotz allem noch lieber als das Radio vor der Tür", kommentierte - sprichwörtlich-scherzend und TAGBLATT-lesend - einer der weit über hundert Teilnehmer den Vortrag des Münsteraner Publizistik-Professors Winfried B. Lerg, der den "Lokalrundfunk als kommunikationspolitische Alternative" forderte...

Diese Tagung des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte" markiert den Beginn einer neuen Diskussions-Phase hierzulande um die lokale Kommunikation. Denn bisher hatte das in der breiten Öffentlichkeit kaum bekannte Stillhalte-Abkommen vom Januar 1972 zwischen den Intendanten der ARD und den Zeitungsverlegern dazu geführt, daß im Gegensatz etwa zu Holland, Italien oder Großbritannien von lokalem Rundfunk kaum mehr die Rede war. Das Feld der lokalen Kommunikation war ganz und gar den Zeitungen zur privaten Nutzung überlassen. Das könnte jetzt anders werden: durch die konkreten Überlegungen und Vorschläge der Wissenschaftler könnte das Radio im Kopf durchaus mit Hilfe des großen Bruders Kabelfernsehen in Zukunft zu einem "Radio vor der Tür" werden.

Südwestpresse/Schwäbisches Tagblatt 15.9.1977

ef

In einem "Kamingespräch" diskutierte man über das Verhältnis von "Universität und Medien". Wie problematisch gerade dieses Verhältnis ist, führte in einem einleitenden Kurzreferat Dr. Gerd Depenbrock aus, der sich in seiner Dissertation über das Verhältnis von Wissenschaftsjournalismus zur Hochschule bereits mit diesem Thema befaßt hat. Er stellte fest, daß die Universitäten fast durchweg ein gespaltenes Verhältnis zur Öffentlichkeit bzw. zur Öffentlichkeitsarbeit besitzen, was fast zwangsläufig dazu geführt habe, daß - mit Ausnahme lediglich im Bereich der Medizin und der Raumfahrtforschung - die Universitäten nur eine mangelnde Berücksichtigung in den Medien finden. Eine Möglichkeit, den Wissenschaften auf Dauer den ihnen zukommenden Platz in der Publizistik zu sichern, sah der Referent in einer intensiveren und gezielteren Öffentlichkeitsarbeit der Universitäten, die allerdings nur dann möglich ist, wenn einerseits die Professoren den Medien unbefangener gegenüber treten und andererseits die Universitätspressestellen personell verstärkt werden. Einig war man sich in der Diskussion auch darüber, daß gleichzeitig die angesprochenen Journalisten in den Wissenschaftsredaktionen von Presse und Rundfunk besser für ihre Aufgaben qualifiziert werden müssen. Unbeantwortet blieb hingegen die mehrfach gestellte Frage, ob die breite Öffentlichkeit überhaupt ein Interesse an der Verbreitung der Forschungsergebnisse besitzt...

Der Studienkreis hat...in Tübingen bestätigt, daß nicht nur mehr die Rundfunkgeschichte im Mittelpunkt der Arbeit stehen soll, sondern auch andere Wissenschaftsbereiche einbezogen werden sollen. Aus dieser Sicht war die Tagung sicherlich ein voller Erfolg. Dennoch sollten sich die Organisatoren einmal Gedanken darüber machen, ob es tatsächlich sinnvoll ist, an 1 1/2 Tagen sieben Referate in das Programm aufzunehmen und daneben noch eine Mitgliederversammlung abzuhalten... Ein Weniger an Referaten, ein Mehr an Diskussion wäre sicher sinnvoller gewesen. Es bleibt nur zu hoffen, daß die notwendige Diskussion über die in Tübingen vorgelegten Thesen und Ergebnisse dennoch weitergeführt werden kann, beispielsweise über das Mitteilungsblatt des Studienkreises oder durch die Veröffentlichung der Vortragsmanuskripte. Bemerkenswert und für den Studienkreis erfreulich ist das wachsende Interesse und die Beachtung, die der Studienkreis gefunden hat. Die Jahrestagung in Tübingen hat gezeigt, daß das Spektrum der Interessenten an Rundfunkgeschichte sich erheblich verbreitert hat.

epd/Kirche und Rundfunk Nr. 72 vom 17.9.1977

Michael Crone

Wiederkehr des Regionalen

Region - ein Begriff, der in den Jahren wirtschaftlicher Expansion und Raumnutzung fast schon ins Vokabular der Planer und Macher abgewandert war und seinen lebensweltlichen Bezug eingebüßt hatte, rückt wieder auffällig ins Zentrum des Interesses. Politische, ökologische und kultursoziologische Publikationen zu diesem Thema mehren sich, und auch in einer breiter werdenden Öffentlichkeit spricht man wieder unbefangener von Regionalbezug, Volkskultur, Mundart. In Abwandlung eines Zitats von Brecht könnte man sagen: das Gespräch über Bäume ist kein Verbrechen mehr! Das unschöne Wort "Provinz", über deren "Ungleichzeitigkeit" (E. Bloch) vor wenigen Jahren unter Gebildeten noch kein Zweifel bestand, befindet sich auf dem Rückzug.

Das neuerwachte Interesse stimmt naturgemäß mißtrauisch, nachdem wir uns an das Tempo gewöhnt haben, in dem eine schnellebige Zeit kontrastreiche Themen aufgreift, goutiert, aber auch verbraucht. Die Diagnose der Kultur als "Reizkultur" (J. Habermas) spricht diese leidige Erfahrung ja aus. Kein Zweifel kann auch daran bestehen, daß die "elektronische Litfaßsäule" die Unverbindlichkeit von Strömungen, Themen und Thesen mitverursachen und ihren Abnutzungseffekt beschleunigen kann. Wenn wir davon ausgehen, daß der Programmauftrag des Rundfunks sich zwar an bestimmten vorgegebenen, invarianten Werten orientiert, diese Zielwerte immer aber auch aus dem Geist einer Zeit heraus neu definiert werden müssen, erscheint es lohnend, über das Phänomen des Regionalismus nachzudenken und der wachsenden Bedeutung des Regionalen für unsere Programmgestaltung nachzugehen.

Lassen Sie uns zunächst einige Ursachen ausfindig machen, die das neuerwachte Interesse am Regionalen und vor allem die neue Qualität regionalen Bewußtseins beleuchten, von der augenblicklich so viel die Rede ist. Ein jüngst erschienener Aufsatz, der dem Phänomen der Regionalismen in Europa gewidmet ist, beginnt mit einem emphatischen Satz, der seinen Anklang an ein hinlänglich bekanntes Manifest kaum leugnen kann: "Ein neuer Geist geht um in Europa: der Geist des Regionalismus". Auch wenn wir es als Fortschritt werten, daß es sich nicht mehr um ein "Gespenst" (Kommunistisches Manifest!) handelt, ist es ein verwirrender Geist. Es ist sicher in diesem Zusammenhang nicht angebracht, die Vielgestaltigkeit der europäischen Regionalismen samt der sie auslösenden Faktoren (ökonomische Verelendung, Unterdrückung geschichtlicher und kultureller Identität etc.) anzuleuchten. Es erscheint mir auch wenig verlockend, Werturteile aufzunehmen wie das der "Intellektuellen-Ideologie", der "Ersatzrevolution einer heimatlosen Linken" (J. Améry), der neuen "antiautoritären Bewegung" (L. Gustafsson) - oder über Authentizitätskriterien entscheiden zu wollen. Der Geist der diversen Regionalismen hat verschiedene Väter, doch interessiert uns vordringlich jener Geist, der das Interesse am kleinen überschaubaren Lebensraum inspiriert.

Regionalismus - Ursachen, Folgen und Aufgaben

Dieser Geist scheint zunächst ganz schlicht die menschliche Vernunft zu sein, die über die Überlebensbedingungen in der heutigen Welt nachdenkt. Die Frage drängt sich auf, ob die Mittel und Institutionen, die geeignet waren, diese Zivilisation herzustellen und erfolgreich zu machen, auch diejenigen sind, sie zu erhalten, sie menschlich und verlässlich zu machen. Die Kosten des Fortschritts, der Orientierung an bestimmten Zielen der Industriegesellschaften wie Wachstum, Produktivität, wachsender Lebensstandard, werden aufmerksamer registriert. Die Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung dieser Ziele wie Zentralisierung, Bürokratisierung, Planung und Ausschöpfung natürlicher Ressourcen treten ins Zwielficht, je mehr sie mit menschlichen Bedürfnissen in Konflikt geraten. Lassen Sie mich ein paar solcher elementarer Konfliktpunkte nennen:

1. Da sind einmal die Folgen des ungesteuerten Fortschritts, der zu einem unauflösbaren Aggregat von Mitteln, Einrichtungen und Maßnahmen führt, die ein hohes Maß an "Umweltkomplexität" bedingen: Wir überschauen unsere Welt nicht mehr.
2. Die Rationalität, mit der die zunehmende Arbeitsteilung organisiert werden muß, erzeugt ein hohes Maß an Abstraktheit: Wir erleben unsere Welt nicht mehr.
3. Der Einzelne (oder auch Gruppen wie die Familie) wird immer abhängiger von Leistungen und Zusammenhängen, die seinen unmittelbaren Erfahrungshorizont überschreiten. Der "effektive Lebensraum" ist weit größer als der "beherrschte Lebensraum" (E. Forsthoff).

Diese Grundzüge und Auswirkungen der technischen Zivilisation sind oft beschrieben worden, entscheidend aber ist, wie sie erfahren werden und wie Menschen darauf reagieren. Es sind zweifellos Reaktionen der Apathie zu verzeichnen, aber auch solche des Protestes, des Widerstandes und der Rückbesinnung auf authentische Bedürfnisse. Region bezeichnet quasi den Ort, wo solcher Widerstand gegen vermeintlich schicksalhafte Sachzwänge und die Unterdrückung individueller und sozialer Bedürfnisse sich regt und vor allem - sich regen kann. Warum? Nicht weil Region autonome Idylle und heile Welt bedeutet, sondern weil hier trotz der Eingriffe in die überlieferten Verwaltungseinheiten, in die Substanz von Boden und Landschaft und ein gewachsenes kulturelles Eigenprofil - der Wert von Erfahrung, Überblick, elementaren Sozialkontakten und Landschaftsbindung noch lebendig ist. Zugleich gilt es aber auch dem Mißverständnis entgegenzutreten, Region in diesem Sinn sei Land - Provinz im Gegensatz zu städtischen Räumen. Die überlieferte Stadt-Land-Trennung ist ja längst obsolet geworden, und beide werden auch von der Soziologie als Elemente eines Systems betrachtet, die sich gegeneinander beeinflussen. Außerdem gibt gerade die Soziologie der Stadt-Land-Beziehungen zu verstehen, daß hier neue Formen entstehen und daß sich eine neue Mensch-Raum-Beziehung herauskristallisiert, deren Erforschung und Beschreibung neue Konzepte erfordert 1).

1) vgl. hierzu H. Kötter, Zur Soziologie der Stadt-Land-Beziehungen in: R. König (Hg.) Handbuch der empirischen Sozialforschung, Bd. 10, 2. 1977, 1-41.

Ein solcher Seitenblick in die Soziologenwerkstatt lehrt ein Zweifaches: Region und Regionalbezüge gibt es auch im Bereich der Zentren und urbanen Ballungsgebiete - und Region ist nicht nur das Gewachsene, das durch geschichtliche Herkunft, kulturelle und landschaftliche Eigenprägung identifizierbar, sondern auch das zur Neugestaltung Aufgegebene. Ralf Dahrendorf hat vor Jahren diese Aufgabe einmal mit dem Satz formuliert: "Die Rekonstruktion des Gewachsenen als Gewolltes ist bislang noch bloßes Programm der Modernität" 2). Der Regionalismus jedenfalls vertritt beide Intentionen: Die Verteidigung und Erhaltung des Gewachsenen und seine Entwicklung nach der Maßgabe menschlicher Interessen und Bedürfnisse, wie sie oben knapp skizziert wurden. Diese Intentionen laufen nicht selten denen der politischen Zentralen und Planungsressorts entgegen. Der moderne Programmstaat, den Wilhelm Hennis den "Staat der Zielvorgaben" genannt hat, tut sich recht schwer mit einer bürgernahen Gestaltung der sozialen Umwelt 3). Das Vorgehen einer Politik, die manchmal mehr zum Synonym für Planung wird, hat der eben genannte Politikwissenschaftler Hennis als "öffentliche Dreistheit" kritisiert und dazu geschrieben: "Was in diesem Lande historisch gewachsen war, schien im vergangenen Jahrzehnt bloßer Stoff für das rationale Zweckdenken... zu sein. Das rational-ökonomische Motiv tendiert dazu, alle traditionellen Legitimationen der Politik zu überlagern. Man denke nur an die Gebietsreform, wo Politiker und Verwaltungsexperten sich aufführten, als seien sie in ein fremdes Land eingefallen, dessen Tradition ihnen Hekuba ist. Wenn man Städten wie Wetzlar und Gießen den Namen raubt, kann man sich da eigentlich des eigenen Namens, der Persönlichkeitsrechte noch sicher sein?" 4)

Diese vehemente Kritik bezieht sich letztlich auf den Umstand, daß zwar die zunehmende Staatstätigkeit mit dem Ziel der Daseinsvorsorge mit Bürgerinteressen legitimiert wird, daß jedoch der Vollzug dieser Staatstätigkeit in Formen erfolgt, welche eine Berücksichtigung dieser Bürgerinteressen in nachweisbarer Form beeinträchtigen. Region ist sozusagen zum Ort geworden, wo Gesellschaftspolitik, die das Zur-Disposition-Stehen der Gesellschaft voraussetzt, auf die Gesellschaft stößt und sich Beulen holt. Man darf wohl aus diesem Konflikt die Erkenntnis ziehen, daß wir unsere physische Existenz auf andere Verhältnisse gegründet haben, als unsere soziale Existenz erträgt oder braucht - auf Großsysteme, ferne Ursachen und weitreichende Folgen. Je mehr dieser Konflikt bewußt wird, um so schwerer wird sich der Staat mit der Beschaffung "generalisierter Zustimmung" tun. Er wird sein Politikverständnis überdenken müssen und die Kategorie des Gemeinwohls nicht einem "eindimensionalen" Denken ausliefern dürfen. Was sich in der Bewegung des Regionalismus regt, hat durchaus zentral mit dem Grundrecht auf individuelle Selbstentfaltung zu tun. In einer Gesellschaft, in der nach einem Ausspruch von Jürgen Habermas "die Ressource Sinn knapp geworden ist", reklamiert ein von der Systemwelt verstörtes Selbstbewußtsein das Bedürfnis, Zwecke zu setzen und zu verfolgen, die wir

2) R. Dahrendorf, Gesellschaft und Demokratie in Deutschland 3.1974, 124.

3) vgl. F.X. Kaufmann, Bürgernahe Gestaltung der sozialen Umwelt, 1977.

4) in FAZ v. 19.4.1977.

verstehen, demokratische Spielregeln in einem überschaubaren Bereich zu praktizieren, aus der Isolation auszubrechen und neue soziale Kontakte zu knüpfen, die Bindungen an eine geschichtlich geprägte Landschaft zu vertiefen. Lars Gustafsson, einer der Wortführer, hat solchen Wünschen gerade im Blick auf den Stellenwert der Landschaft einen Ausdruck verliehen: "Landschaften kann es beliebige geben; aber am Ende sind es immer Landschaften (auch im historischen Sinn), mit denen jeder Mensch sein internes System von Erkenntnissen organisiert. Die Landschaft der Eltern und der Kindheit liefert die Koordinaten der Sprache... In einer Lage, in der man sich wie ein R o h r fühlt, durch das etwas Fremdes hindurchgeht (Existenz nur als Produzent/Konsument), wird mit Selbstverständlichkeit die Landschaft zur Identität, zum Existentialmodus" 5).

Der Regionalismus hat zweifellos intelligente Wortführer, aber es wird darauf ankommen, ob die Region aus sich heraus eine vernünftige gesellschaftliche Funktion definieren kann oder ob dieser Aufbruch auf halbem Weg zwischen Weigerung, Protest und Rückwärtssehnsucht steckenbleibt. Hier stellt sich dann auch die Frage nach dem gemäßen Beitrag von Hörfunk und Fernsehen, nach der Interpretation und Realisierung des Programmauftrags im Blick auf die Ausbildung regionaler Identität.

Regionalität als Programmauftrag in den Rundfunkgesetzen

Wer von Programmauftrag redet, wird seine Aufmerksamkeit zunächst den Rundfunkgesetzen und geltenden Programmgrundsätzen zuwenden. Dabei kann es nicht darum gehen, die Relevanz des Regionalbezugs für die einzelnen Anstalten nach dem Gewicht vorhandener Formulierungen zu bemessen. Die Programmrichtlinien bilden ja weithin eine Aneinanderreihung recht unterschiedlicher Zielwerte. So hat beispielsweise der WDR die Rücksichtnahme auf "die landesmannschaftliche Gliederung des Sendegebietes" eingefügt zwischen das Gebot der Achtung sittlicher und religiöser Überzeugungen und die Forderung nach Unabhängigkeit und Objektivität der Nachrichtengebung 6). Oder: der BR spricht von kulturellem Verantwortungsbewußtsein und der Eigenart Bayerns im Zusammenhang von demokratischer Gesinnung, Menschlichkeit und Objektivität 7). Einen eigenen Passus beansprucht dagegen der Regionalbezug im Art. 3 der SWF-Satzung. Dort wird die Verpflichtung zur Unterhaltung von Landesstudios ausgesprochen und deren Funktion wie folgt beschrieben: "Die Sendestellen dienen dem Südwestfunk besonders dazu, die Kulturwerte der einzelnen Landschaften im Gesamtprogramm und auch in Regionalprogrammen zur Geltung zu bringen." Ich möchte diese Aufzählung nicht fortsetzen oder Noten verteilen. Die vergleichende Betrachtung der Programmgrundsätze zeigt jedenfalls die Dominanz von Grundrechtswerten und politischen Generalklauseln, Ausdruck demokratischer Neugestaltung in jenen Jahren. Die Hinweise auf regionale, stammliche und landesmannschaftliche Besonderheiten wirken wie eingesprengt in ein massives demokratiebeflissenes Normengefüge. Ziel des Programmauftrags war primär das übergreifend Gemeinsame: die demokratische Persönlichkeit, ein demokratisches Lebensgefühl und ein neuer politischer Stil. Dazu kamen die realen Veränderungen,

5) in FR v. 6.8.1977.

6) "Gesetz über den Westdeutschen Rundfunk Köln" § 4.

7) "Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts 'Der Bayerische Rundfunk'", Art. 4,1.

die innerdeutsche Völkerwanderung mit der Folge regionalen Normenverlustes und den Versuchen von Millionen, neue Wurzeln zu fassen. Auch die Erinnerung an den Mißbrauch von Heimat und Bodenverbundenheit mochte dazu beitragen, das regionale Element als quantité négligeable erscheinen zu lassen. In der Folgezeit verfestigen sich die Prioritäten, insofern der Akzent des Rundfunkbegriffs als Kulturträger durch eine Verschiebung hin zu einer Institution der Publizistik mit vorwiegend politischer Funktionsbestimmung wechselt. Solche begrifflichen Neufassungen, die sich Anfang der sechziger Jahre bei Rundfunkrechtlern (Krause-Ablaß, Badura u.a.) durchsetzen, spiegeln natürlich auch eine überkommene Engführung im Kulturverständnis. Dies ist beispielsweise ablesbar an der erwähnten Zielbestimmung der Studios in der SWF-Satzung, den "Kulturwerten der einzelnen Landschaft" zu dienen. Mit dieser Formulierung, die deutlich auf die Programmauffassung der Frühzeit des Rundfunks hinweist, wird der programmpolitische Wirkungsraum der Sendestellen funktional wesentlich eingeschränkt. Vom politischen Verständnis des Rundfunks her aber muß die Aufgabe eines Studios in der ausreichenden Analyse der Vorgänge des kommunalen und regionalen Eigenlebens bestehen. Dies ist selbstverständlich kein Urteil über die Programmpraxis der Landesstudios, sondern ein Hinweis darauf, daß wir auf der begrifflichen Ebene längst von politischer Kultur und Soziokultur sprechen und der Aufbruch regionalen Selbstbewußtseins solche Begriffe veranschaulichen kann.

Integrationsrundfunk und Präsenz des Regionalen

Eine andere Frage ist, ob ungeachtet der geringen Aussagekraft von Rundfunksatzungen in Sachen Region nicht entscheidende Struktureigentümlichkeiten unseres Rundfunksystems den regionalen Akzent garantieren. Dabei wäre einmal an den Begriff des sog. "Integrationsrundfunks" zu denken, der den chancengleichen Zugang zur Rundfunkkommunikation gewährleistet, und zum anderen an die föderale Struktur unseres Rundfunkwesens.

Wenn wir an die Bündelung möglichst vieler Kommunikationsinteressen durch die strukturelle Integration ihrer Repräsentanten in den Gremien der Rundfunkanstalten denken, dann scheint die Stimme der Regionen de jure präsent zu sein. Eine nähere Betrachtung läßt diese Überlegung als zu pauschal und kurzschlüssig erscheinen. Die Zusammensetzung der Rundfunkgremien und ihre Tätigkeit hat uns ja zunehmend mit der Frage konfrontiert, ob aus den Anwälten der Gesellschaft gegenüber den Programmakteuren nicht weithin Vertreter der je besonderen Öffentlichkeitsansprüche von Parteien und Verbänden geworden sind. An und für sich sind die Gremien ja nicht nur als Kontrollinstanzen konzipiert, sie müßten eine wichtige Funktion auch darin sehen, Sensoren gesellschaftlicher Entwicklungen zu sein. Wie der knappe Überblick über den regionalistischen Trend gezeigt hat, geht es hier nicht ernstlich um eine stärkere Profilierung von Interessen einer regionalen Parteien-, Verbands- oder Honoratiorenöffentlichkeit, sondern um eine Art Gegenöffentlichkeit, die auch deshalb Aufmerksamkeit verdient, weil sie den Reflex einer bestehenden Staats- und Parteienverdrossenheit bildet. Diese Fragen werden ja gottlob neuerdings stärker diskutiert. Der "Strukturwandel der Öffentlichkeit" (J. Habermas) ist ja keineswegs abgeschlossen;

der Regionalbezug der Massenkommunikation läßt sich deshalb nicht durch ein paar gutgemeinte Neuakzentuierungen im Programm erledigen. Fazit: Das Faktum des Integrationsrundfunks sagt noch nicht viel über das bestehende Sensorium für gesellschaftliche Prozesse und kulturellen Wandel. Soll der Rundfunk per definitionem das Selbstgespräch der Gesellschaft als eine Art Katalysator ermöglichen und das Seine dazu beitragen, die Selbsterkenntnis einer Gesellschaft über das, was ist und u.U. sein wird, zu vertiefen, dann braucht er nicht nur Sendemasten, sondern auch Antennen! Jedenfalls scheint mir die Forderung des Südwestberichtes der Michelkommission nach mehr "regionaler Nestwärme" den Dimensionen des regionalen Bewußtseins nicht ganz angemessen.

Rundfunkföderalismus und kulturelle Egalität

Neben dem Integrationsprinzip wäre im Zusammenhang unserer Fragestellung noch ein weiterer wichtiger Punkt zu streifen: Die föderalistische Struktur unseres Rundfunkwesens. Mit der Kompetenzübertragung der Rundfunkkommunikation auf die Länder war die Intention verbunden, "die für die geistige Entwicklung Deutschlands traditionell fruchtbare Mehrzahl geistiger Zentren und regionaler geistig-kultureller Werkstätten zu erhalten" 8).

Sollte der bundesstaatliche Gedanke in seiner Übertragung auf die Rundfunkorganisation der kulturellen Gleichförmigkeit und Eintönigkeit wehren, so witterten viele doch zugleich die Gefahr eines historisierenden und romantisierenden Föderalismus, den sie einen "Föderalismus der Trennung" (K. Stern) nannten. Seiner nachteiligen Auswirkung auf die Interpretation des Programmauftrages trat man durch die Betonung des Sozialstaatsprinzips als Regulativ entgegen. So erklärte Prof. Stern in einem seinerzeit vielbeachteten Vortrag "Der Trend zu einer verwaltungsmäßig gesteuerten Gleichheit der Lebensbedingungen ist übermächtig, nicht zuletzt hinsichtlich der Anforderungen an ein Massenmedium, wie es der Rundfunk ist." 9).

Inwieweit sich diese Gleichheit der Lebensbedingungen bei aller löblichen Intention unter dem Einfluß der Medienkultur in die Massenstandards der Kulturindustrie verkehren würde, hätte man eigentlich mitbedenken müssen. Der Regionalismus ist ja mithin eine Reaktion auf diese Art von Medienkultur, wenn er nicht gar schon ihrer Zudringlichkeit von vornherein Grenzen setzt. Dieter Lattmann hat vor wenigen Wochen (in der FAZ) in seiner Nachricht aus der Allgäuer Provinz noch die Vermutung geäußert, daß hier (und sicher auch anderswo) Menschen leben, die die große weite Welt zwar im Schaufenster in der guten Stube telegen vorbeigleits, doch keine dauerhafte Gestalt gewinnen lassen. 10)

Die politischen Tendenzen zur Zentralisierung und Unitarisierung im Bundesstaat spiegelten sich in den parallelen Bemühungen zur Supraregionalisierung im Rundfunkwesen. Die ZDF-Gründung war die rundfunkpolitische Frucht eines kooperativen Föderalismus, der

8) G. Herrmann, Fernsehen und Hörfunk in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, 1975, S. 281.

9) K. Stern, Föderative und unitarische Aspekte im deutschen Rundfunkwesen, in: Klecatsky u.a., Rundfunkrecht und Rundfunkpolitik, München 1972.

10) in FAZ v. 27.8.1977.

sich auch in den bekannten späteren Versuchen zur Rundfunkneuordnung ausdrückte. Im Prinzipiellen hat die weitere Diskussion solcher Fragen die künstliche Trennung von Föderalität und Egalität doch auch in Frage gestellt und - in den Worten von Prof. Lerche - betont: "Die Forderung nach gleichmäßig hoher Entwicklung des Lebensstandards in allen Teilen der Bundesrepublik ist heute keine Bedrohung des Föderalismus, kein Einfluß zentralistischen Denkens, sondern genau im Gegenteil einer der wichtigsten Legitimationsströme des Föderalismus selbst" (11). Man muß die Bedeutung der Länderkompetenz nicht zuletzt auch im Blick auf die künftigen technischen Entwicklungen beurteilen, aber für unser Thema bleibt doch der Gesichtspunkt entscheidend, daß der Rundfunkföderalismus der Betonung des Regionalen eher die Wege ebnet. Es ist allerdings auch klar, daß dies ein höheres Maß an Toleranz für regionale Differenzierung und "Gefälle" auch von seiten der Länderministerien bedingt. Auch hier werden die gesellschaftlichen Bedürfnisse nach "Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse" ja vielfach überschätzt oder einseitig als ökonomische Interessen gefaßt, wobei die Existenz disparitärer Versorgungsbereiche außer Frage steht. Worauf wir hinweisen wollten, ist somit folgendes: Die Bemühungen um ein hohes Programm-niveau einerseits, regionale Meinungsvielfalt und regionales Eigenprofil andererseits gehören eng zusammen und dürfen nicht aus einer Fehlinterpretation egalitärer Lebensverhältnisse und aus der Furcht vor einem historisierenden und romantisierenden Föderalismus getrennt werden. In diesem Fall verengt sich der Programmauftrag auf die Verbreitung "regionaler Nestwärme", das Regionale bleibt endgültig eine Residualkategorie. Es wird übersehen, daß der Regionalbezug ein integrierender Bestandteil dessen ist, was man heute als Kommunikationsgerechtigkeit apostrophiert und von daher mit der Frage nach der Legitimation öffentlich-rechtlicher Anstalten eng verbunden ist.

Region - Hort der Rückständigkeit?

Außerdem verdeckt die Vorstellung von kultureller Egalität erheblich die realen Verhältnisse in unserem Land. Die Bundesrepublik ist gar nicht nur der hochindustrialisierte, technifizierte und verstädterte Massenstaat, als der sie oft dargestellt wird. Rund die Hälfte ihrer Bürger lebt auch heute noch in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern, und fast ein Drittel aller Haushaltungen befindet sich sogar in Kommunen, in denen nicht mehr als 5.000 Menschen beisammen wohnen. "Diesem Regionalismus wird im öffentlichen Klima der Bundesrepublik keineswegs ausreichend Rechnung getragen. Metropolenbewußt, elitebezogen, festgefahren in Vorurteilen von Ballungsräumen, geben sich die überregionalen Medien so, als habe unser Land den Zustand des Provinziellen hinter sich gelassen." (12).

Wenn Lattmann hier auf bestehende Vorurteile anspielt, so meint er ein verbreitetes Bild von Provinz als Hort gesellschaftlicher, geistiger und psychischer Rückständigkeit, wie es etwa in apodiktischen Sätzen zum Ausdruck kommt, die der Stadtmensch Adorno

11) P. Lerche, Rundfunkneuordnung und bundesstaatliche Struktur, in: Kühn u.a., Rundfunkneuordnung und bundesstaatliche Struktur, München 1969.

12) vgl. Anm. 10).

formulierte: "Zur Bildung gehört Urbanität, und ihr geometrischer Ort ist die Sprache. Keinem Menschen ist es vorzuhalten, daß er vom Lande stammt, aber auch keiner dürfte daraus sich einen Verdienst machen und dabei beharren; wem die Emanzipation von der Provinz mißglückte, der steht zur Bildung exterritorial." 13) Im Bann einer solchen Kultur- und Bildungsauffassung dürfte die Wahrnehmung des Programmauftrags allenfalls die restlose Beseitigung provinzieller Rückstände und die Erziehung des Provinzmenschen zur mündigen Urbanität intendieren. Daß sich inzwischen unter dem Stichwort "Region" der Aufstand des Einzelnen gegen seine totale Vergesellschaftung und politische Entmündigung regt, wäre aus der geschilderten Optik schlechthin unvorstellbar. Da ein Programmauftrag nicht nur auf Tagungen diskutiert, sondern letztlich in den Rundfunkhäusern realisiert werden muß, müssen die latenten Ungerechtigkeiten und Einseitigkeiten in der Bewertung des Regionalen unter den Programmakteuren selbstkritisch aufgearbeitet werden. Dies bedeutet selbstverständlich auch die Anforderung, reale Verhältnisse nach Licht und Schatten zu sondieren und nicht in einspurige Konzepte zurückzufallen. Daraus ergeben sich Probleme und Désiderate für die Realisierung des Programmauftrages, die ich in den folgenden Überlegungen zusammenfassen möchte.

Empirische Defizite in der Kenntnis der Region

Wenn zuletzt von einem Vorurteil die Rede war, das Kultur geradezu leichtfertig mit Urbanität gleichsetzt, dann läßt sich ein solch tiefsitzendes Vorurteil nicht mit guten Ermahnungen oder dadurch abbauen, daß Regionales zum schicken Trend wird. Sicherlich würde sich bei vielen Programmverantwortlichen ein erhebliches Defizit an fundierten Kenntnissen über die Regionen des eigenen Sendegebietes herausstellen, wenn einer auf den vermessenen Gedanken käme, hier nachzuhaken. Solche Kenntnisse bilden weithin das Hobby weniger Programm-Mitarbeiter, die dann in flagranti nicht einmal gefragt werden. Es gehört zur Zwiespältigkeit der deutschen Intellektuellenszene, daß man in neueren Veröffentlichungen zum Regionalismus sehr liebevoll und kenntnisreich gezeichnete Porträts von Okzitanien finden kann, ähnlich einfühlsames Engagement für deutsche Regionen aber selten ist. Gerade für ein so kompliziert strukturiertes Sendengebiet, wie es etwa der Südwestfunk besitzt, ist aber einiges Engagement vonnöten. Es gilt vor allem, mehr Einsicht in politische, sozialökonomische und kulturelle Merkmale zu gewinnen, die sich trennend und verbindend auswirken. Hier wären Kenntnisse der historischen Landkarte und der Zusammenhänge von Raumgestalt, Sozialverhalten und politischer Kultur angezeigt und nicht nur das Vokabular politischer Ökonomie.

Es gibt eine Falle, auf die Hermann Bausinger in seinem Beitrag zur politischen Kultur Baden-Württembergs aufmerksam gemacht hat, wenn er schreibt: "Wer Züge der politischen Kultur oder Subkultur eines heutigen Bundeslandes freilegen möchte, läuft Gefahr, lediglich allgemeine Züge der bundesrepublikanischen oder gar der spätkapitalistischen gesellschaftlichen Struktur mit landesgeschichtlicher Patina zu versehen." 14) Eine Berichterstattung, die zuweilen

13) Th. W. Adorno, Eingriffe, Neun kritische Modelle, 1963, 46 f.

14) H. Bausinger, Zur politischen Kultur Baden-Württembergs, in: Bausinger u.a., Baden-Württemberg, Eine politische Landeskunde, 1975, 13-40, 34 f.

"Aktualität durch Kausalität" ersetzen möchte, braucht jedenfalls viele Kriterien. Darüber hinaus bin ich mir bewußt, daß Wissen allein Erfahrung, Einfühlbarkeit und Vertrautheit nicht ersetzen kann. Vielleicht birgt der Zugang über mehr Wissen auch das Risiko in sich, daß Zonen und Regionen außerachtgelassen werden, die sich nicht als genügend repräsentationswürdig ausweisen können und deshalb für Programmaktivitäten nicht als besonders attraktiv gelten. Gerade im Hinblick auf diese "unterprivilegierten Regionen" darf aber die Katalysatorwirkung eines Massenmediums für ein regionales Selbstbewußtsein nicht unterschätzt werden. Deshalb kann es unter dem Stichwort "Regionalbezug" nicht nur darum gehen, konkreter abzubilden, sondern auch zu verstärken und zu mobilisieren.

Regionalprogramme und Publikum

Solche Mobilisierungsabsichten dürften allerdings noch Zukunftsmusik sein, selbst wenn man das wachsende Interesse an regionalen Informationssendungen berücksichtigt. Verschiedene Untersuchungen wie die Infratest-Erhebung "Einstellungen der Fernsehzuschauer zum Angebot an regionalen Informationssendungen" - leider schon aus dem Jahr 1973 - geben zu erkennen, daß über 50 Prozent der Zuschauer für diese Programmsparte aufgeschlossen sind. Kann man hier den naheliegenden Verdacht hegen, daß Zuschauer oft die objektive Bedeutung bestimmter Sendungen für andere hoch einschätzen, den persönlichen Nutzen jedoch gering veranschlagen, so ist mit der Kundgabe von Aufgeschlossenheit noch nicht so viel ausgesagt. Doch gibt es auch nüchterne Zahlen, die beweisen, daß eine landespolitische Informationssendung ebensoviele Haushalte erreichen kann wie die Nachrichtensendung des ZDF und daß in manchen Regionen das Interesse an Regionalberichten zeitweise und situationsbedingt prävalieren kann. Dennoch gibt es eine Kehrseite, die auch zu notieren ist.

Qualitative Intermediavergleiche weisen darauf hin, daß es dem Fernsehen noch nicht gelungen ist, beim Publikum als gleichrangiges Informationsmittel zur Zeitung akzeptiert zu werden. 15) Das Fernsehen gilt noch immer mehr als Allround-Medium, wobei der Tageszeitung der Status des disponibelsten Meinungs- und Lokalinformationsmediums verbleibt. Auf die Frage, welches Medium ausführlich über den Umweltbereich informiert, verweisen 85 Prozent auf die Zeitung, 37 Prozent auf den Hörfunk und nur 28 Prozent auf das Fernsehen. Zwischen dem Bedarf an regionaler/lokaler Information einerseits und Bedarfsdeckung durch die elektronischen Medien andererseits klafft eine empfindliche Lücke. Dies ist zugleich ein klarer Hinweis darauf, daß diese Medien ihre vielberedete Komplementäraufgabe zur Presse noch nicht erfüllen. Auch die Untersuchung des Stammpublicums von Regionalberichten sollte die Programmakteure nachdenklich machen, wenn sie eine Präponderanz von älteren Menschen und - nach dem Gesichtspunkt formaler Bildung - von einfachen Schichten zur Kenntnis nehmen müssen. Diese Feststellung ist nochmals dahingehend zu differenzieren, daß diese Personengruppen eher Großstädter und Bewohner der Ballungsgebiete sind als Dorfbewohner. Selbstverständlich lassen sich

15) vgl. GZM: "Qualitativer Intermedia - Vergleich, Frankfurt 1972 (Hg. i.A. der Regionalpresse e.V.).

solche Daten noch weiter analysieren und ergänzen, damit sie nicht zu unvermittelt dastehen. So ergibt eine repräsentative Umfrage in Hessen, daß das Übergewicht der nach Bildungsgesichtspunkten einfacheren Leute auf die frühere Rückkehr am Abend zurückzuführen ist. 16) Die Frage der dominierenden Altersgruppierungen zum anderen ist weitgehend abhängig von der Möglichkeit von Freizeitaktivitäten außer Hauses. Im übrigen wächst der Anteil der jüngeren Menschen unter den Fernsehzuschauern, je später eine Sendung beginnt. So hat etwa die "Landesschau" des SDR/SWF unter den 14 - 29-Jährigen einen Anteil von sieben Prozent, wohingegen es im "Abendjournal" nur drei Prozent sind. Sendungen, die in der zweiten Stunde des Abendprogramms plaziert sind, dürfen auch deshalb mit günstigen Einschaltquoten rechnen, weil nun die Angehörigen solcher Berufsgruppen zurückkehren, die ihren Fernsehkonsum relativ spät beginnen können. Das Einschalten hat nun weniger mit der Qualität der Programme zu tun, sondern ist mehr durch die psycho-physischen Regenerationswünsche nach einem Arbeitstag zu motivieren. Großen Teilen des Publikums dürfte deshalb nur ein passiver Fernsehkonsum zuzutrauen sein. Im Vorabendprogramm dominieren Stoffe und Strukturen, die bei mangelnder Konzentrationsfähigkeit ebenso rezipierbar sind wie bei anderen Nebentätigkeiten. Die Befragung der Zuschauer der "Hessenschau" hat neuerdings zunehmende Nebentätigkeiten bestätigt und außerdem die geringe Aufmerksamkeit durch Erinnerungstests erhärtet. Die Fähigkeit der Zuschauer, ein nicht wirklich gesuchtes massenmediales Angebot trotz Kontaktes damit zu meiden, muß wohl als außerordentlich hoch eingeschätzt werden. Der abendlichen Rekreatiionsphase und dem dadurch bedingten Aufnahmevermögen entsprechen die Programminhalte: Anspruchslose Inhalte und kleine Formen in einem abwechslungsreichen Arrangement, nahtloser Übergang von Information in Reklame.

Schwachstellen der Regionalprogramme

Diese wenigen Hinweise verraten zweifellos eine gewisse Programmlogik resp. Programmohnmacht, die es uns nahelegt, anstatt von Regionalprogrammen vielleicht besser von Vorabendprogrammen zu sprechen und überdies zu fragen, welchen Stellenwert das "Fenster zur Region" wirklich besitzt. Geht der Programmauftrag "Region" trotz vieler sachkundig behandelte Themen nicht in einer Programmstruktur unter, die dem Regionalen letztlich das Eigenprofil nimmt? Und gilt diese Anfrage nicht nochmals verstärkt für die Einbettung regionaler Informationen in die Magazinform als Verbund zerstückter Fakten und "homogenes Chaos" (H. Schweppenhäuser)? Wie recht hat Dieter Prokop, wenn er die Abstimmung von Darbietungsform und Zerstreungsbedürfnis so charakterisiert: "Die von der Arbeit her einsozialisierten bzw. verstärkten... 'Bedürfnisse' richten sich mehr auf formale Momente von Farbe, Bewegung, Rhythmus, auf buntes Dekor, Virtuosität etc., also mehr auf technische Vielfalt und Perfektion als auf kohärente Erkenntnis. 17) Inwieweit geraten hier gekonnte Erfolgskalkulation und Programmauftrag in Spannung zueinander? Daß hier manches faul ist, haben die

16) "Das Vorabendpublikum im Fernsehen des Hessischen Rundfunks" (infas-Institut für angewandte Sozialwissenschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, vgl. auch die Studie von G. Schult, Fernsehprogramme-Programmiertes Fernsehen, Zürich 1977; 53-60.

17) D. Prokop, Zum Problem von Produktion und Kommunikation im Bereich der Massenmedien, in: Ders., Massenkultur und Spontaneität, 1974, 7-25; 9.

Regionalredakteure längst kapiert. Ihr Programm ist ein Zwitter durch die Verzahnung mit Werbung und serieller Unterhaltung. Wie der Bremer Fernseh Wettbewerb der Regionalprogramme und das Bremer Werkstattgespräch vor allem dieses Jahres zeigen, beklagt man sich außerdem über die stiefmütterliche Behandlung des Regionalen in den Funkhäusern und das geringe Echo in der Presse. Es fehlt auch nicht an Überlegungen, die Qualität dieser Programme zu verbessern. Die Skala der Vorschläge reicht vom Wunsch nach einheitlichen Anfangsterminen in der Zeit zwischen 19.00 und 20.00 Uhr bis zu einer zeitlichen Synchronisation der Sendetermine für Unterhaltung, Information und Werbung generell.

Neben den Überlegungen zur Programmstruktur, die ein größeres und ausgewogeneres Zuschauerpotential zum Ziel hat, tun wir uns - nicht zuletzt aus finanziellen Gründen - schwer mit einer stärkeren Regionalisierung vor allem der Fernsehprogramme. Wir werden einen neuen Weg ab 1978 in unserem 3. Fernsehprogramm versuchen. Die Rundfunksysteme anderer Länder sind da inzwischen praktisch und konzeptionell sehr viel weiter wie etwa der "Annan-Bericht" bezeugen kann. 18) Die wiederholte Frage, was denn Region hierzulande sei, spiegelt ja nicht nur Ignoranz. Dennoch könnte eine stärkere Regionalisierung der Fernsehprogramme zweierlei bewirken: die Identifikationsmöglichkeit der Zuschauer mit dem Fernsehen, das ihre Probleme hautnahe darstellt, vermehren und durch die Kurzschließung von Programm und erfahrbarem Lebensraum die ständigen Manipulationsvorwürfe entkräften. Dabei bin ich mir durchaus bewußt, daß Identifikation im Grunde ein Angebot der "Medienkultur" darstellt, wohingegen Identität als Folge der Möglichkeit, sich an jemanden zu wenden, nicht unbedingt dasselbe meint. Was aber den mehr technischen und organisatorischen Fragenkomplex von Regionalisierung betrifft und die Möglichkeiten, stärker aus der Region für die Region zu produzieren, so besitzen wir für unser Sendegebiet noch kein voll befriedigendes Konzept, wenn wir einmal davon absehen, was etwa ein so potentes Landesstudio wie Mainz aus der eigenen Infrastruktur heraus schon vermag. Leichter als dem Fernsehen dürfte eine Regionalisierung dem Hörfunk fallen, der infolge seines beweglicheren Apparates schneller am Ereignis ist und so etwas wie eine "instant analysis" liefern kann. Auch müßten hier die Probleme beim Auseinanderschalten leichter zu lösen sein.

Konsequente Regionalität - was ist das?

In diesem Zusammenhang darf allerdings ein wichtiger Hinweis nicht unterbleiben. Regionalbezüge werden nicht dadurch allein gestiftet, daß wir einzelne Regionen mehr als bisher anvisieren und zur Geltung bringen. Es geht auch um die Frage, wie außerhalb spezieller Regionalprogramme regionaler Akzent in anderen Programmen von Hörfunk und Fernsehen ohne Aufdringlichkeit realisiert werden kann. Wir wollen nicht nur den räumlichen, sondern auch damit den geistigen Standort des Programmträgers verdeutlichen. Hierzu scheint mir die Aussage des früheren Tübinger Studioleiters Richter bemerkenswert: "Konsequente Regionalität ist nicht provinziell oder gar lokal, sie verzichtet nicht auf das Fremde, auf das Entfernte, Andere. Sie fordert auch nicht

18) vgl. den zusammenfassenden Bericht in "Media-Perspektiven" H. 4, 1977.

die Anverwandlung alles Fremden vor der Vermittlung. Konsequente Regionalität ist nur dies: man weiß und zeigt, wo man zuhause ist, ohne viel darüber zu reden oder darauf hinzuweisen". Wir im Südwesten können hier sehr viel von dem Selbstbewußtsein der Bayern und Hamburger lernen. Dies zu praktizieren, ja ein Gespür für solch konsequente Regionalität zu besitzen, heißt nicht zuletzt nach den Mitarbeitern einer Anstalt fragen. Haben wir ausreichend Sensoren für das Spezifische unserer Region? Besitzt eine größere Zahl unserer Mitarbeiter eine Affinität zum Sendebereich oder haben wir in Sachen Region personelle Defizite? Ich will nicht verhehlen, daß die Nähe zum Sendebereich ein Kriterium bei der Auswahl von Hörfunk- und Fernsehredakteuren und Studioleitern sein könnte, aber das Problem mangelnder Affinität zeigt sich auch immer wieder bei unseren Programmachern. Es mag noch kleinlich sein, wenn man das unkorrekte Aussprechen von Ortsnamen oder die Vornahme von Passantenbefragungen in München bemängelt, es wird aber untragbar, wenn sich etwa ein kleines Dorf wie Müsch (Kreis Ahrweiler) mit unendlicher Mühe und Lokalstolz auf seiner Tausend-Jahrfeier vorbereitet und sich dann Bewohner den arroganten Fragen einer Reporterin ausgesetzt fühlen, die gerade einen Grundkurs in politischer Ökonomie und Ideologiekritik absolviert zu haben schien. Vielleicht läßt sich dieselbe Kollegin modebewußt heute über den Regionalismus als anti-autoritäre Bewegung aus - wer weiß!? Ich bin überzeugt, daß die Entwicklung eines attraktiven Berufsbildes für Regionalredakteure wichtig ist und daß man die besonderen Schwierigkeiten dieser Mitarbeiter im Auge behalten muß, aber ihr Problembewußtsein und ihr Interesse für die Region könnte auch manchmal entwickelter sein. Die erwähnte Entgleisung ist nicht ohne exemplarischen Wert, weil sie die fehlende, aber notwendige Fähigkeit zeigt, Wirklichkeit erst einmal hinzunehmen und für sich sprechen zu lassen, Menschen in einem anderen soziokulturellen Beziehungsnetz Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Dies weist auf Schwierigkeiten hin, die mit der Realisierung angemessener Kommunikationsziele im Blickpunkt auf die Region verbunden sind. Dabei handelt es sich sowohl um politische als auch um soziokulturelle Ziele. Jene "Attitude des Unverantwortlichen, der sich um die praktischen Folgen seiner auslösenden Reize nicht kümmert" (J. Habermas), gehört wirklich nicht ins Verhaltensrepertoire des Regionalberichterstatters. Wenn man sich etwa vorstellt, die von Hans Dieter Kübler in seiner polemisch-kritischen Untersuchung zur "Abendschau" verwendeten Beurteilungskriterien für Landes- und Kommunalpolitik könnten sich in den Köpfen der gescholtenen Redakteure festsetzen, dann würde diesen erst recht Hören und Sehen vergehen. 19) Die in dieser Studie gegebenen Hinweise auf die Strukturschwächen des Länderparlamentarismus, Personalisierungsstrategien politischer Entscheidungsträger oder die Abhängigkeiten der Kommunalpolitik geraten häufig zur zynischen Disqualifizierung institutioneller Ordnungselemente, Folge eines Entlarvungszwangs, dem seminar-marxistische Untersuchungen leicht unterliegen.

Man mag sich über Hofberichterstattung und personality-show zuweilen ärgern, über die Begegnung von "Fragenichtsens und Sage-nichtsens" (H. Holzer) echauffieren, dies ändert nichts daran,

19) H.D. Kübler, Abendschau, Unterhaltung und Information im Fernsehen, Tübingen, 1976.

daß die Träger politischer Verantwortung, aber auch traditioneller Institutionen ein legitimes Recht haben, sachlich und fair in unseren Sendungen behandelt zu werden. Daß wir aber auch Platz finden müssen für politisches Handeln, das sich den Kategorien staatlicher Politik nicht einfügt und - wie die Bürgerinitiativen - eine Art Gegenöffentlichkeit darstellt, wäre nach meiner Auffassung auch ein Postulat der Ausgewogenheit und die Anerkennung regionalen Selbstbewußtseins, von der im Anfang meines Vortrags die Rede war. Das politische Aktionsrepertoire umweltbewußter und sensibler Menschen ist augenblicklich im Wachsen, und was da geschieht, ist zweifellos "gesellschaftsrelevant".

Regionalbezug politisch verstanden heißt deshalb: demokratische Institutionen auf Beteiligungschancen hin zu erhellen, exemplarische Aktivitäten zu präsentieren, das Gespräch zwischen Staat und Bürger über lebenswichtige Interessen am Ort zu organisieren und Situationen anschaulich zu machen, die politische Lernprozesse in Gang setzen können.

Auch das Nachdenken über die Ziele kultureller Kommunikation stößt auf viele Fragwürdigkeiten, denen wir uns nicht entziehen dürfen. Wo sind die Grenzen und Möglichkeiten der Produktivkraft Massenkommunikation für die Erhellung von Traditionen und künftigen Entwicklungen einer Region, für das Bewußtwerden jener latenten Bedürfnisse, die der Regionalismus signalisiert? Das blauäugige Bekenntnis zur Region darf ja die Tatsache nicht übersehen, daß Medienkultur und Interaktionskultur eher gegenstrebige Richtungen anzeigen. "Die Beliebtheit der Medien, vor allem des Fernsehens", so schrieb Walter Grasskamp unlängst, "scheint in dem Maße zuzunehmen, wie die Interaktionskultur der Konsumenten sich dem Nullpunkt der Sprach- und Ausdruckslosigkeit nähert." 2o)

Können Medien, die isolieren, Gemeinschaft stärken - die Erfahrungssurrogate liefern, auch Wahrnehmungen stimulieren - die Sprachroutinen produzieren, diese rückgängig machen? Wenn wir uns regionaler Kulturen annehmen - was wird dann daraus? Medienfolklorismus? Was ist aus der "Mainzer Fassenacht" geworden, seitdem sie zu einem Medienspektakel geworden ist? Fallen dann nicht die originellen Beiträge weg und beginnen sich die Akteure nicht nach den Gesetzen dieses Mediums auszurichten. Aber vor allem: Muß dies so sein?

Ich glaube nicht, daß diese Mittel der Massenkommunikation anti-kommunikativ sind, sein müssen, aber ich glaube, daß der Zuschauer noch zuviel alleingelassen wird. Die elektronischen Medien könnten Interaktionsformen des Alltags verständlich machen, Wahrnehmung sensibilisieren und alternative Lebensformen vorstellen, die die Phantasie der Menschen erweitern. Vielleicht kann auch die Entwicklung des Lokalrundfunks dazu führen, daß normale Menschen Kompetenz und Zutrauen in den Gebrauch der Medien für ihre eigenen Zwecke entwickeln, um ihr Leben und ihr Anliegen zu definieren und zu feiern, ihre Wahrnehmung zu vertiefen und wieder starke Gefühle auszudrücken. Illusion oder Hoffnung? Ich meine,

2o) W. Grasskamp, Unser kultureller Notstand, in: L76, Nr. 4, 1977, 5-23; 19.

Hoffnung sei legitim, die endgültige Fesselung der Produktivkraft dieser Medien noch nicht ausgemacht, auch wenn hie und da der neue Wachstumsmythos einer vollverkabelten Zukunft mit ihren leeren Möglichkeiten zu Bewußtseinstrübungen führt.

Als der "Verpackungskünstler" Christo in einer ästhetischen Protestaktion und unter immensem technischem Aufwand seinen "running fence" über kalifornisches Land zog, um wieder eine Landschaft sichtbar zu machen, war das ein Signal wider die Resignation. Wenn wir von Region als Programmauftrag sprechen, dann haben wir zunächst bescheidene Ziele, aber sie sind doch von dem großen Wunsch inspiriert, Region als Lebenswelt mit all ihren Bezügen wieder sichtbar zu machen.

Hermann Bausinger
VERMITTLUNG DER NAHWELT?
Zur Funktion der Regionalprogramme

Das Regionale, so kann man immer wieder lesen, sei ein "weißer Fleck der Medienlandschaft". Solche Feststellungen vermitteln den Gestus des Pioniers, sie vermitteln den Eindruck, man befinde sich auf Schleichwegen, was aber nicht ausschließt, daß man auf Trampelpfaden geht. Tatsächlich ist gerade in den letzten Jahren viel Druckerschwärze dazu verwendet worden, den weißen Fleck zu entweißen, und ich muß hier ausdrücklich Herrn Bessler und Herrn Blümcke vom Süddeutschen Rundfunk danken, daß sie mir in den ganzen Stoß dieser Arbeiten Einblick gegeben haben. Ich möchte auch ausdrücklich darauf hinweisen, daß eine größere Tübinger Arbeit zum Problem des Regionalen im Fernsehen existiert, die Dissertation von Hans-Dieter Kübler 1), eine sehr gründliche Arbeit, die es dem Leser gewiß nicht leicht macht. Mein kurzes Referat hat demgegenüber den Nachteil der Oberflächlichkeit, den Vorzug vielleicht der Zuspitzung, d.h. gleichzeitig der Reduktion. Zu dieser Reduktion gehört es beispielsweise, daß ich hier überwiegend vom Fernsehen rede und daß ich notgedrungen überwiegend auf Beispiele aus Baden-Württemberg zurückgreife. Noch eine Vorbemerkung zu meinem Themenvorschlag: Die Feststellung "Vermittlung der Nahwelt" ist mit einem Fragezeichen versehen. Das heißt, die Vermittlung der Nahwelt ist nicht eine Realität, sondern es ist eine Art Programmauftrag, ein Postulat, und ich will damit beginnen, dieses Postulat zu begründen.

Der Begriff der Nahwelt wurde in den letzten Jahren vor allen Dingen eingeführt von Alexander Mitscherlich mit seiner Forderung, der Unwirtlichkeit unserer Städte zu begegnen mit Möglichkeiten der Beheimatung, Nischen der Vertrautheit, einer Aufwertung der unmittelbaren Umgebung 2). Mitscherlich meinte das wirklich Nahe, er spricht beispielsweise von den Kindern, die auf den Dachböden eine heimliche Bleibe haben. Aber es versteht sich, daß die engste Nahwelt nicht nur eine Insel sein kann, daß sie abgesichert werden muß durch ordnende Erschließung auch der weiteren Kreise, der Straße, des Stadtviertels, der Kommune, der Region. Nur wenn dort nicht Entfremdung, unverstandene Feindlichkeit vorherrscht, kann Nahwelt mehr sein als ein trügerisches Idyll.

Es hat den Anschein, daß gerade dafür das Verständnis in den letzten Jahren gewachsen ist. Ein Symptom dafür ist der sich verstärkende, der teilweise auch neu erwachte Regionalismus. Vor kurzem ist eine Nummer des "Tintenfisch" erschienen, herausgegeben von einem Schweden und mit Beiträgen aus aller Welt, welche dieser umfassenden Bewegung des Regionalismus gewidmet sind 3), in der die Provinzen sich auf sich selbst besinnen und sich zu wehren beginnen. Es ist sicherlich problematisch, diesen Regionalismus über die ganze Welt hin über einen Kamm zu scheren; und Hinweise, in denen die südbadischen Unterdrückten mit den Basken und den Iren verglichen werden, wirkten auch dann peinlich, wenn nicht zufällig Filbinger als Badener in Stuttgart säße.

1) Hans-Dieter Kübler: Unterhaltung und Information im Fernsehen. Dargestellt am Beispiel der Abendschau Baden-Württemberg. Tübingen 1975.

2) Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden. Frankfurt/Main 1965.

3) Lars Gustafsson (Hg.): Tintenfisch 10. Thema: Regionalismus. Berlin 1976.

Trotzdem: es gibt einen gemeinsamen Nenner. Die regionalistischen Bewegungen richten sich gegen die Kapitale in einem doppelten Sinn. Sie richten sich gegen das Übergewicht der Hauptstädte, der Zentralen, gegen die Wasserköpfe der Verwaltung und der Bürokratie mit ihren nivellierenden Tendenzen. Sie richten sich aber auch gegen die Kapitalmacht und die wirtschaftliche Verfügungsgewalt, deren Verhältnis zur Provinz eine neue Dimension angenommen hat. Bis vor kurzem lag die Provinz, oder lagen viele Provinzen im Abseits, in der Verödung. Jetzt hat man damit begonnen, auch die letzten Provinzen zu erschließen, und d.h. gleichzeitig vielfach zu zerstören.

Allgemeiner: Der Regionalismus ist ein Symptom dafür, daß der fortschreitenden Entmündigung Widerstand entgegen gesetzt wird, daß sich der Bürger nicht nur Sachzwängen ausgeliefert sehen will, daß er vielmehr mitbestimmen, mit entscheiden will. Da es zu dieser Tendenz nur die Alternative politischer Apathie gibt, haben die Massenmedien den Auftrag, den bürgerschaftlichen Willen zum Mitreden und Mitmachen zu stärken und nötige Informationen zur Verfügung zu stellen. Anders gesagt: Es geht um eine Intensivierung der politischen Kultur. Politische Kultur, das ist ein Modebegriff, der zunächst einmal allgemein die subjektive psychologische Dimension von Politik bezeichnet. Fast immer aber ist er auch mit einem normativen Gehalt versehen; dahinter steht das Leitbild einer demokratischen Infrastruktur, einer Durchdringung mit Demokratie, einer Förderung von Mitentscheidung und Diskussion dort, wo sie ohne Schaden für das Ganze möglich ist 4). Die Massenmedien haben zumindest den Auftrag, die informative Orientierung über die Nahwelt zu liefern. Und daß empirisch festgestellt wurde, daß diese Orientierung über die nähere Umgebung auch bei politisch schwach interessierten Gruppen und Schichten ankommt 5), das verleiht diesem Auftrag - wie ich meine - noch ein besonderes Gewicht.

Schlagwortartig kann man die hier gemeinte Forderung auch mit der These 'Kommunikation statt Distribution' zusammenfassen. Das ist eine Forderung, welche die Entwicklung neuer Medien begleitet hat - von Brechts Vortrag über das Radio über Enzensbergers Baukasten zu einer Medientheorie bis in die Gegenwart. An der Forderung hat sich nichts geändert, wohl aber an ihrem Stellenwert. Die technische Entwicklung erlaubt die Verbreitung auch der elektronischen Produktionsmittel, wobei freilich sehr schnell deutlich wird, daß es sich eben nicht nur um ein technisches Problem, sondern um ein umfassendes Kommunikationsproblem handelt.

Die Zielvorstellung ist ja wohl nicht, daß jeder sein eigener kleiner Löwenthal werden soll; und gegen Konzepte, welche die Produktion verabsolutierend mythisieren, müßte immer wieder darauf hingewiesen werden, daß Zuhören eine menschlichere, humanere Fähigkeit ist als Reden. Das Stichwort Kommunikation bedeutet aber in diesem Zusammenhang noch etwas anderes. In neueren medientheoretischen Ansätzen wird die Nutzung von Medien häufig als Ersatzhandeln betrachtet, so etwa in dem vieldiskutierten Aufsatz von

4) Vgl. Hermann Bausinger: Zur politischen Kultur Baden-Württembergs. In: Baden-Württemberg. Eine politische Landeskunde. Stuttgart etc. 1975, S. 13-40.

5) Vgl. Regionale Information im Fernsehen. In: Media Perspektiven 5/73, S. 218-224.

Gerhart Wiebe 6), der dieses Phänomen in einen letztlich psychoanalytischen Kontext stellt. Die Beliebtheit des Fernsehapparats und des Radiogeräts bringt er - sehr abgekürzt gesagt - damit in Zusammenhang, daß hier ein Partner sei, der ohne Gegenforderung nur anbiete, so wie die Mutter in der frühesten Kindheit, der also weder Auseinandersetzung noch Konsequenzen fordert. Aus dem in solchen und ähnlichen Konstrukten erfaßten Sachverhalt wächst der Mediendidaktik die Aufgabe zu, nicht nur den kritischen Umgang mit den Medien zu fördern, sondern dafür Sorge zu tragen, daß die Kommunikation jenseits der Medien nicht zum Erliegen kommt 7). Wenn unter Kommunikation mehr als der gemeinsame Aufschrei beim Eigentor des VfB Stuttgart (das jeweils in der letzten Minute fällt) verstanden werden soll, dann muß Kommunikation einen Bezug zur Nahwelt haben. Nur hier ist Aktivierung möglich, wo der Zuhörer und Zuschauer mit "erfahrbarer Relevanz" - so hat es Hansjörg Bessler einmal formuliert 8) - konfrontiert wird. Insofern ist die politische Verantwortung der Massenmedien - politisch im weitesten Sinne genommen - im Regionalen größer als in der Weltpolitik.

Unversehens habe ich schon bei den jetzigen Beispielen das Fernsehen als heißes Medium (ich nenne es absichtlich so, um mich gegen McLuhans Systemformalismus zu wenden) in den Mittelpunkt gestellt. Ich will wenigstens kurz etwas sagen zum Problem des Verbunds, des Mit- und Gegeneinanders von Medien in der Region, wobei es sich nur um kurze Anmerkungen handeln kann.

Schon der Begriff des Regionalen findet im Bereich der Presse eine bessere Entsprechung als im Rundfunk, wo die Anstalten ja nicht Regionen, sondern zunächst einmal einem Land oder Ländern, jedenfalls größeren Verwaltungseinheiten, zugeordnet sind. Die Konzentrationsprozesse in der Presse haben sogar dazu beigetragen, daß gerade die regionale Presse gestärkt wurde. Das eigentliche Informationsdefizit liegt heute im Lokalen, zumal dann, wenn man noch an Theodor Eschenburgs Bemerkung denkt, daß die Oberbürgermeister die heimlichen Chefredakteure vieler Lokalzeitungen seien 9). Hier, im Lokalen, haben Funk und Fernsehen bisher keinen Ausgleich geschaffen. Regionalisierung und Subregionalisierung gelten größeren Einheiten. Die Geschichte der Regionalisierung zeigt, im südwestdeutschen Bereich besonders deutlich, daß zunächst einmal landsmannschaftliche Rücksichtnahmen maßgebend waren. Alle regionalen Studios lagen hier zunächst einmal in Baden, es ging um die Beschwichtigung und die Berücksichtigung größerer politischer Räume, die zunächst weithin in ihrer die Regionalität übergreifenden Potenz genutzt wurden: als Übertragungsort musikalischer Darbietungen, als Zentrum der Wissenschaft: Heidelberg, als Residenz des Rechts: Karlsruhe.

6) Zwei psychologische Fakten im Verhalten des Medienpublikums. In: Dieter Prokop (Hg.): Massenkommunikationsforschung 2: Konsumtion. Frankfurt/Main 1973, S. 354-369.

7) Vgl. Alexander U. Martens: Das Fernsehen ist nicht allein auf der Welt. In: Bertelsmann Briefe Heft 91, Juli 1977, S. 12.

8) Regionale Informationssendungen im Fernsehen. In: epd. 94/1976 (1. Dez.), S. 4.

9) Zitiert bei Ekkehard Launer, Eckhart Pohl: Regionalfernsehen: Die Politiker auf den Fersen, die Werbung im Nacken. In: Medium 6/1976, Heft 2, S. 4-8; hier S. 4.

Die Akzente liegen hier also bei Presse und Funk durchaus ähnlich, was allein schon dazu beitragen könnte, darauf aufmerksam zu machen, wieviel Mythos und Zweckargumentation in der Behauptung der gnadenlosen Konkurrenzsituation enthalten ist. Ist eines der Medien blockiert, etwa bei einem Zeitungsstreik, dann zeigt sich, daß die Nutzung der anderen keineswegs immer steigt. Die verschiedenen Medien stehen zueinander in einem Verhältnis der Komplementarität - das ist bekannt. Wichtig scheint mir, daß es sich bei genauerem Zusehen als eine repetitive Komplementarität der Nutzung erweist. Daß ich morgens in der "Stuttgarter Zeitung", im Tübinger "Schwäbischen Tagblatt", im "Reutlinger General Anzeiger" wörtlich die gleichen Agenturmeldungen über Landes- und Bundesereignisse finde, schert nicht nur die Verleger wenig, sondern schert merkwürdiger- und interessanterweise auch die Mehrfachleser kaum. So dürfte sich auch sonst ein großer Teil der vermuteten Konkurrenz zwischen verschiedenartigen Medien auflösen in wiederholte, zeitversetzte Nutzung, so wie wir sie alle kennen, die wir abends die Tagesschau sehen und morgens in der Frühstücks-Zeitung das Gleiche noch einmal nachlesen. Das sollte Folgerungen haben. Wenn beispielsweise in dem vieldiskutierten Löffler-Modell für die Kapitalanteile bei Privatsendern der Tagespresse 48 Prozent des Stammkapitals vorbehalten bleiben und das mit der Konkurrenz begründet wird, dann ist dahinter - wie mir scheint - ein Fragezeichen zu setzen. Aber dies nur am Rande.

Die Frage ist nun freilich nicht nur, ob regionale Programme bestehen, sondern wie diese regionalen Programme aussehen. Ich greife hier nur eine einzige kritische Feststellung auf, die ich unter dem Begriff der Tendenz zur Folklorisierung zusammenfasse. Es handelt sich dabei nicht um ein statistisches Problem. In Analysen von "Bayern heute" wie in Kritiken an der Landesschau (einer Nachrichtensendung im Südwesten) ist verschiedentlich betont worden, daß diese Tendenz zur Folklorisierung bestehe; es wurde dabei vor allen Dingen auf das Übergewicht von Posaunen-Chören, Volkstänzen, Trachtenvereinen und ähnlichem hingewiesen. Von Programmachern und Programmverantwortlichen wurde diese Kritik immer wieder pariert mit dem quantitativen Hinweis, daß z.B. in der Landesschau solche folkloristischen Veranstaltungen nicht einmal 5 Prozent der gesamten Sendezeit beanspruchen. Aber - und hier kommt ein qualitatives Moment ins Spiel - es scheint mir kein Zufall zu sein, daß dieser folkloristische Anteil überschätzt wird. Das hängt zusammen mit der Tendenz solcher Sendungen, mehr oder weniger alles zu folklorisieren, soll heißen: mehr oder weniger alles aufzulösen in ein "Potpourri des Gefälligen" 10), ins unproblematische Pittoreske. In diesen Zusammenhang gehört übrigens auch die von Straßner gelegentlich gegeißelte Neigung zur lexikalischen Varianz 11): man kommt ordentlich ins Schwimmen, wenn die Sprecher ihre Synonymen tanzen lassen; der Hörer wird in einen unverbindlichen Rauschzustand versetzt. Mit dieser Folklorisierung wird das Regionalste entschieden seiner regionalen Spezifik beraubt. Ein schweizer

10) Götz Dahlmüller: 6 Thesen zum Fernsehen. In: kurbiskern 3/71, S. 457-460; hier S. 459.

11) Vgl. Peter Christian Hall: Jeder für sich im eigenen Saft. Und alle gegen alles, was anders ist. Viel Abwehr und wenig Solidarität der Regionalen beim zweiten Bremer Werkstattgespräch. In: epd. 19/1977 (12. März), S. 1-3.

Volkskundler sprach einmal von "mondialer Folklore" 12); er wollte damit darauf hinweisen, daß diese folkloristischen Äußerungen überall ähnlich seien; und schon Bert Brecht hat einmal angemerkt, daß Folklore für sein aufklärendes Theater kein Mittel sei, weil sich Folklore dem Gedanken der Veränderbarkeit am entschiedensten versperrt 13).

Zweifellos hängt diese Folklorisierung im weiteren Sinne zusammen mit der Werbung, die oft und oft attackiert wurde, wenn von Regionalprogrammen die Rede ist - ich kann mich deshalb hier kurz fassen. Es besteht - wie mir scheint - kaum ein Zweifel darüber, daß es sich hier um eine stumme Kontrollinstanz für die Inhalte und auch für die Dramaturgie gerade dieser Sendungen handelt. Dabei geht es gar nicht immer um Zensur und Einspruch, sondern es geht ganz überwiegend um strukturelle Selbstverständlichkeiten. Ein Beispiel: Es gibt zwar in den Regionalprogrammen Verbraucherhinweise, aber auch hier findet eine Art Folklorisierung statt, denn es geht fast nur um die Preise von Naturalien, von Kartoffeln und Äpfeln und Blumenkohl. Mehr ist aber eigentlich auch gar nicht denkbar. Man stelle sich vor, daß nach der verführerischen Präsentation von weicher Haut und schützender Hautcreme ein Warentest käme, der eben diese Hautcreme unter die Lupe nimmt; das würde nicht nur den Produzenten und Händlern schaden, sondern das wäre im Grunde auch der Glaubwürdigkeit des Mediums Fernsehen abträglich. Aus dem Potpourri gibt es so leicht kein Auftauchen, die "Schamzone des Programms" - so hat ein leitender Fernsehmann den Sachverhalt zur Kenntlichkeit entstellt - sei "eine manövrierfähige Masse" 14).

Daß gerade auch für die Regionalprogramme eine sehr direkte Kontrollinstanz gelegentlich droht, erhellt schlaglichtartig aus den unglaublichen Vorgängen um die Wyhl-Berichterstattung des WDR. Solche Vorgänge geben dem Diktum einigen Sinn, daß das Risiko von Regionalredakteuren größer sei als das von Redakteuren in Entwicklungsländern 15). Über dieses Problem der "gouvernementalen Berichterstattung" ist viel gesprochen worden 16), so daß ich das hier nicht wiederholen möchte. Ich möchte hier nur betonen, daß der Verdacht, daß Eingriffe von außen die Rundfunkarbeit bestimmen, in dem Maße wachsen muß, in dem widersprüchliche und diskontinuierliche Äußerungen zur Programmstruktur aus den Anstalten laut werden - wenn also etwa Änderungen das eine Mal mit dem Argument begründet werden, eine bestimmte Sendung dürfe "nicht verkrusten", und wenn Änderungsvorschläge zur selben Sendung wenig später zurückgewiesen werden mit der Feststellung, alles sei "doch so gut eingefahren", (beides Äußerungen zum Regionalprogramm des Süddeutschen Rundfunks).

12) Walter Heim: "Mondiale Folklore"? In: Schweizer Volkskunde 65/1975, S. 68-70.

13) Kleines Organon für das Theater; Nr. 36.

14) Launer, Pohl (wie Anm. 9), S. 5.

15) Immo Vogel: Regionalfernsehen: Aus der Sicht eines Programmverantwortlichen. in: Medium 6/1976, Heft 2, S. 9-12; hier S. 10.

16) Vgl. z.B. Arbeitskreis VHS Hamburg-Harburg: Nordschau: Fernsehen für uns? In: Teleforum 16, 22, 27/1976.

Es wäre überhaupt verlockend, einmal die Widersprüche in der üppigen Diskussion um die Regionalprogramme zusammenzustellen. Einige dieser Widersprüche heben sich wahrscheinlich gegenseitig auf. Da wird etwa das niedrige Ansehen der Regionalprogramme in den Funkanstalten durch das Indiz beleuchtet, daß dort eine besonders große Zahl weiblicher Mitarbeiter tätig sei. Eine Umfrage ergibt, es sind nur 13 Prozent; aber vielleicht sind 13 Prozent schon viel. Die Rotation in verschiedenen Bereichen sei notwendig für die Redakteure, wird betont; man brauche Spezialisten, wird gesagt - beides dürfte richtig sein. Man sollte neue Kräfte haben, mehr als nach der Festanstellungswelle noch akzeptabel sind; man brauche ein festes Berufsbild des Regionalredakteurs - beides stimmt vermutlich. Es gibt auch generalisierte Klagen, die sich aufheben. So ist etwa die Feststellung von Launer und Pohl, die Regionalredaktion sei im allgemeinen "Endstation für ausgelaugte alte Hasen oder Karriereschleuder für den Nachwuchs" 17), oft nachgeschrieben worden, teils zynisch, teils masochistisch. Dabei handelt es sich sicher um eine ganz unspezifische Feststellung, die für sehr viele Berufsfelder zutrifft - beispielsweise auch für die Universitäten und für die Parlamente -, ja die vielleicht sogar fast ein anthropologisches Entwicklungsmodell charakterisiert - die viel diskutierte Midlife-crisis wäre dann der Bereich, in dem ausgelaugte Hasen noch nach Karriereschleudern Ausschau halten.

Andere Widersprüche in der Diskussion scheinen mir dagegen auf besondere Probleme und Schwierigkeiten hinzuweisen. Drei davon möchte ich, wiederum nur andeutend, herausgreifen.

Das erste: Es gibt neuerdings eine sehr lebhaft diskutierte Diskussion um die Vervielfachung der Programme. Diese Möglichkeit zu mehr Programmen wird einerseits schlicht als Fortschritt bezeichnet, andererseits als zwangsläufige Deformation. Nun ist die Antwort auf diese Frage aber ja doch davon abhängig, welche Art, welche Qualität der neuen Programme vorausgesetzt wird. Neue kommerzielle Programme würden gewiß den Slalomlauf der Seher begünstigen, vielleicht, und das wäre eine neue Art von Slalom, mit langen Halten bei den jetzt schon beliebten Unterhaltungssendern: darauf verweisen etwa Erfahrungen mit Tele Luxemburg in der Konkurrenz mit anderen kleinen, wirklich regionalen Programmen 18). Anders aber scheint es mir zu sein, wenn die neuen Programme eine spezifische Qualität gewinnen, wenn sie subregional oder gar lokal sind. Natürlich ist das schwierig zu verwirklichen, aber die Beispiele in Norddeutschland - Zeven und Brunsbüttel - zeigten nicht nur die Schwierigkeiten, sondern zeigten letztlich auch, daß es geht 19). Natürlich sind solche Programme oft nur für die an Ort und Stelle von besonderem Interesse, aber für sie sind es nicht nur Programme, für sie ist kein Bruch zwischen Massenkommunikation und sonstiger Kommunikation, weil die Medieninhalte ins öffentliche Leben hinein verlängert werden können. Mißt man daran die jetzigen Möglichkeiten von Feedback, von Kulis Lichttests bis zu den Glashaushaus-Telefonaten, dann wird deutlich, daß hier ein Problem liegt, das die Anstrengung lohnt.

17) Launer, Pohl (wie Anm. 9), S. 5.

18) 13 Programme? ARD-Sendung am 25.8.1977.

19) Vgl. Trevor Peters: "Eine kleine Stadt": Bürger zeigen ihre Kommune. In: Medium 6/1976, Heft 1, S. 8-11.

Das zweite: Es herrscht sicherlich eine gewisse Bereitschaft zur Vervielfachung von Programmen, aber sie wird dann schnell mit der Feststellung verknüpft, man werde ja sehen, ob sich das - ich zitiere Michael Schmid-Ospach - "in höheren Ratings auszahlt" 20). Gerade das aber dürfte im Regionalfernsehen nicht der Maßstab sein. Gerade hier - oder richtiger: auch hier - geht es ja um je spezifische Adressaten. Es fällt auf, wie stark gerade auch im Regionalbereich das Gesetz des großen Zahl dominiert. Eine Enquête, welche die Überrepräsentation der über Fünfzigjährigen in den Regionalprogrammen zutage brachte, wurde immer nur mit Bedauern zitiert, es kam offenbar gar niemand auf die Idee, daß damit eine spezifische und keineswegs kleine Gruppe positiv angesprochen war. Nur "alte Leute, Kinder und Haustiere, allenfalls noch Hausfrauen" säßen vor dem Regionalprogramm 21) - das ist witzig gesagt, aber vielleicht auch ein wenig verräterisch. Wichtiger noch sind andere Symptome, die sich abzeichnen: die Verdrängung von Gastarbeiter-sendungen aus den Dritten Programmen oder die Verlegung der Bildungsprogramme auf die Zeit nach 21 Uhr, die im Süden droht, und die von der Programmdirektion ironisch begründet wird mit der alemannischen Eigenheit des früher (!) zu-Bett-Gehens, von der Intendanz damit, daß die Hörer erst einmal entspannen wollen, ehe sie sich solchen schwierigen Gegenständen zuwenden.

Ich wäre mißverstanden - und damit komme ich zu einem dritten Aspekt dieser Widersprüche und Schwierigkeiten - wenn man mir unterstellte, daß ich die Seite der Entspannung und auch der Unterhaltung nicht ernst nähme. Mit Recht ist gesagt worden, daß die schönen Bilder der Regionalprogramme nicht nur in den Köpfen der Redakteure wachsen, daß sie vielmehr auch einem Bedürfnis des Zuschauers entsprechen, der um diese Zeit erschöpft von der Arbeit in seinem Sessel sitzt 22). Dabei geht es übrigens nicht nur um die ästhetische Form, es geht sicherlich auch um die Inhalte, und es gibt meines Erachtens viele Argumente dafür, daß der Zuschauer in dieser Zeit nicht nur mit Problemen konfrontiert wird, sondern daß ihm auch Sicherheitsgefühle vermittelt werden: ein Stück Unterhaltung im ursprünglichen Wortsinn.

Aber auch im jetzigen Wortsinn sollte Unterhaltung nicht dichotomisch der Information gegenüber gestellt werden. Es handelt sich dabei um zwei verschiedene Ebenen - zweifellos gibt es ja doch informative Unterhaltung und unterhaltende Information. Eine andere Frage ist es, ob der unterhaltende Service nicht den Informations- und Problemgehalt absorbiert, wie am Beispiel der "Folklorisierung" angedeutet wurde, und wie man es auch zeigen könnte an dem assoziativen Stil, der von vielen Moderatoren bevorzugt wird. Die Feuerwehr wird gezeigt, es kommt zu "starker Rauchentwicklung" - "Rauchopfer werden auch in der benachbarten Kirche gebracht", und dann ein Bild des Kircheninnern. Der Wein ist "ausgesprochen trocken in diesem Jahr" - "trocken" ist auch "der Humor

20) Hall (wie Anm. 11).

21) Immo Vogel (wie Anm. 15), S. 9.

22) Regionalfernsehen: Aus der Sicht einer freien Mitarbeiterin (Interview mit Charlotte Richter). In: Medium 6/1976, Heft 2, S. 13 f.

des Kabarettisten, den wir gleich zu sehen bekommen". Vier Tübinger Studenten wurden in einem faschistischen Land inhaftiert - "aber der Sommer hält auch andere, erfreuliche Überraschungen bereit": die neuen Automodelle werden vorgestellt. Das ist nicht erfunden, das sind alles Zitate.

Wichtig scheint mir, daß nicht nur die herkömmliche, sondern auch die verfremdete und verfremdende Unterhaltung sehr schnell einge-meindet wird. Wenn beispielsweise im Sportstudio und gelegentlich in anderen Magazinsendungen Kameras und Apparaturen gezeigt werden, dann verlieren diese sehr schnell den Charakter des Gemachten, vermitteln also nicht mehr den Einblick, daß hier etwas hergestellt wird, sondern leisten im Grunde genommen dem technischen Mythos Vorschub.

Es ist sicherlich sehr schwierig, zwischen der Scylla eines Unterhaltungswirbels und der Charybdis der Langeweile durchzusteuern. Eine Teilantwort auf das hier anstehende Problem scheint mir zu sein, daß der Unterhaltungsbegriff nicht nur der läppischen Abwechslung zugeordnet wird, sondern auch der Leichtigkeit der Darbietung. Eine zweite, daß Betroffenheit und Unterhaltung sich nicht auszuschließen brauchen. Es gibt Unterhaltung, die - noch einmal Brecht - den Zuschauer nicht "kidnappt" und aus seiner Welt entführt, sondern die ihn einführt "in seine reale Welt... mit wachen Sinnen" 23).

Andererseits sollte wohl die Durchdringung von Unterhaltung und Information nicht krampfhaft forciert werden. Es müßte möglich sein, informative Sendungen auch ohne Mätzchen zu bringen, und eine gewisse zeitliche Entflechtung vorwiegend unterhaltender Sendungen - Serien und Werbung - und vorwiegend informativer Sendungen regionalen Zuschnitts müßte auch in den Abendprogrammen zwischen 18 und 19 und 19 und 20 Uhr möglich sein 24).

Geht man vom gegenwärtigen Zuschnitt des Programms aus, so scheint es mir ermutigend, daß die Zuschauer durch die Allerwelts-Sendungen - im ganz wörtlichen Sinn zu nehmen, denn die in diesen Abendstunden gesendeten Serien fordern (darauf hat Prokop hingewiesen) eine "weltweite Amortisationsbasis" und sind entsprechend standardisiert 25) - dem Regionalen und Lokalen nicht völlig entfremdet werden. Sie wollen, das zeigen viele Umfragen, das Regionale und insbesondere das Lokale 26). Nicht in der Regionalisierung und auch nicht in der Subregionalisierung - sofern es sich dabei nicht nur um ein Tarnwort handelt - liegt die besondere Chance, sondern in der Lokalisierung, also im Gewinn einer tatsächlichen Nahwelt. Ob der Lokalrundfunk - wie kürzlich geschrieben wurde - die "Transformation der Brecht'schen Utopie in die Realität" bedeutet, darüber läßt sich streiten; aber dieser Lokalrundfunk und alles, was sich damit verbindet, gibt sicherlich eine besondere Chance.

23) Gesammelte Werke Bd. 15, Frankfurt 1967, S. 301.

24) Vgl. zu dieser mehrfach erhobenen Forderung beispielsweise Thomas Thieringer: Immer diese bewahrende Weltsicht ... In: Frankfurter Rundschau vom 2.12.1976.

25) Dieter Prokop: Ökonomie und Phantasie. In: K. Witte (Hg.): Theorie des Kinos. Frankfurt/Main 1972, S. 284 f.

26) A.M.: Gewünscht: Mehr Lebenshilfe. In: Frankfurter Rundschau vom 21.1.1977.

Allerdings sind auch gleich einige Einschränkungen für Funk und Fernsehen zu machen. Zunächst einmal: die Presseleute haben sicherlich den stärkeren Heimvorteil. Ob dieser Heimvorteil ausgeglichen werden kann durch den Rundfunk, ist eine Frage der Ausstattung, ist auch eine Frage der Kooperation, der interredaktionellen und der darüber hinaus führenden (Kübler hat einmal in diesem Zusammenhang die Frage gestellt, ob man nicht daran denken sollte, etwas dem Volkskorrespondenten Vergleichbares auch bei uns einzuführen 27). Die zweite Einschränkung: Eine Chance zu diesem lokalen Rundfunk und Fernsehen besteht, das haben viele Kalkulationen ergeben, wohl höchstens in Großstädten und Ballungsgebieten. Es besteht also die Gefahr, daß den alten Wasserköpfen nur neue hinzugefügt werden, nicht mehr nur Stuttgart, sondern auch Mannheim-Ludwigshafen. Andererseits hat sich ergeben, daß in diesen Ballungsgebieten, daß besonders am Rande der großen Städte ein besonderer Bedarf nach solchen regionalen Informationen und Sendungen besteht. In den Satellitenstädten ist die Fernsehfrequenz deutlich höher als in anderen Gebieten, sie wächst dort bei bestimmten Bevölkerungsgruppen bis zu 40 Stunden in der Woche. Das hängt u.a. damit zusammen, daß es in diesen Bereichen keine gewachsenen traditionellen Zeitungen gibt, daß es wenig andere Kommunikation gibt, daß also dort das Defizit am größten ist. Ein lokales Fernsehen, ein lokaler Funk hätte hier sicherlich auch die Chance, über die Medienkommunikation hinaus zu wirken.

Auch in einem größeren Sendegebiet aber wäre mehr Lokales vertretbar, wenn es exemplarischen Charakter hätte. Es gibt einzelne praktische Verwirklichungen - ich denke etwa hier im Südwesten an die Sendung "Lokaltermin", in der exemplarische Fälle in einzelnen Gemeinden aufgegriffen werden, wobei die Sendung grundsätzlich über die Sendung hinausführt und mitten hineinstößt in den politischen Meinungsbildungsprozeß. Anhand solcher Beispiele muß gefragt werden: was heißt exemplarisch? Es gibt dazu eine ganze Reihe falscher Vorstellungen, solche etwa, die sich am Durchschnitt orientieren, die also die Ecken und Kanten der Wirklichkeit abschneiden. Es geht sicher auch nicht, daß sich das Exemplarische nach Mehrheit und Proporz orientiert. Dies könnte nur zu einem Verfahren führen, das heute gelegentlich bei den Lokalzeitungen geübt wird, wo einmal pro Woche jeder Ort erscheinen muß, gleichgültig, ob eine Frau 90 Jahre alt wird, ob der Gesangverein singt oder ob dort zufällig ein Sittlichkeitsverbrechen sich abspielte 28). Falsch wäre sicher auch die hier schon kurz behandelte Folklorisierung, die gerade die exemplarische Wirkung vermeidet, da es dem Exemplarischen ja nicht um freundliches, farbiges, vielleicht auch festliches Allerweltgehabe geht, sondern um die Spezifik, - um noch einmal Kübler zu zitieren - um den "Zusammenhang zwischen dem kleinen Milieu und den großen Strukturen" 29).

Lassen Sie mich nochmals ein Beispiel geben. In Abhandlungen über die regionalen Sendungen des NDR wird immer wieder darüber Klage geführt, daß im Sendebereich dieses Senders vier Regierungen zu

27) Föderalismus und Regionalprogramme. Ms. des beim Bremer Werkstattgespräch 1976 gehaltenen Referats, S. 11.

28) Vgl. Eckart Frahm: Lokalzeitung: Kleine heile Welt? Ein wichtiges Medium vertut seine Chancen. In: Medium 6/1976, H. 10, S. 7-13; hier S. 9.

29) Föderalismus und Regionalprogramme (wie Anm. 27), S. 13.

Hause seien: Bremen, Hamburg, Hannover, Kiel, daß sich in all diesen vier Bereichen Haushaltsberatungen in den Parlamenten abspielen, und daß sich daraus zwangsläufig eine gewisse Langeweile und Wiederholung in der Berichterstattung ergebe 30). Nun könnte aber in diesem Nebeneinander auch eine Chance bestehen, nämlich die Chance des Vergleichs, des Hinweises z.B. auf eine verschiedene Höhe des gleichen Etats und damit auf strukturelle Verschiedenheiten und Ähnlichkeiten. Diese strukturellen Ähnlichkeiten und Verschiedenheiten wären auch in lokalen Ereignissen aufzuspüren: in Bürgermeisterwahlen etwa mit dem Einbruch von ganzen Parteien, mit der merkwürdigen Mixtur aus Geschäftssinn und bürgerlichem Ethos; wie sie in den Freien Wählervereinigungen herrscht, mit der Durchschlagskraft von Protestwählern und ähnlichem. All das zielt auf eine analytische Berichterstattung. Diese aber erfordert Vorarbeit, fordert Studien, Recherchen - und das ist eine Geld- und Personalfrage.

Dieses Exemplarische wäre auch - wie mir scheint - ein Gegenmittel gegen die Gefahr des Provinzialismus, die mit der regionalen Orientierung immer verbunden ist. Es ist ja doch zu bedenken, daß mit Recht immer wieder einmal Stellung genommen wird gegen den ethnozentrischen Nachrichtenprovinzialismus. Das Regionale hat gewiß auch eine problematische Seite, wie sie etwa Hans Gmür schon vor 12 Jahren in einem Artikel in der Weltwoche 31) herausgestellt hat, in dem er schildert, wie in der Schweiz immer mehr Sender gegründet werden: "Am Föderalismus rüttelt man nicht ungestraft! Denkt nur an Radio Beromünster. Das wollte man reorganisieren, zentralisieren. Und was ist dabei herausgekommen? Der Föderalismus erhob sich triumphierend aus der Asche. Statt daß man die drei Studios zusammenlegte, entstehen allerorten neue. Eines steht schon in St. Gallen, eines in der Innerschweiz. Bald werden Zug und Chur und Amriswil und Solothurn und Winterthur und Eglisau und Disentis und Zollikon ihre eigenen Studios haben. Und auf der Beromünsterwelle wird - statt Meldungen aus Vietnam, Santo Domingo, Washington, Paris und Bonn, die weiß Gott niemanden interessieren - endlich nur noch das zu hören sein, was uns im Innersten bewegt: daß man in Bülach eine Beiz eröffnet hat, in Lachen einen Tearoom renovierte, und daß in Höngg bei schönem Wetter Chilbi ist".

Wenn man heute diesen Artikel von 1965 liest, dann wird man zunächst einmal feststellen, daß selbst die hier genannten Beispiele gar nicht mehr nur negativen provinziellen Charakter an sich tragen. Man wird aber zudem darauf hinweisen, daß es ja auch andere Lokalnachrichten gibt, daß es durchaus die Möglichkeit gibt, den Provinzialismus in der Provinz zu durchbrechen. Das wäre zunächst einmal den Kritikern ins Stammbuch zu schreiben. In einer Analyse von "Bayern heute" wurde u.a. wortreich festgestellt, es werde hier sehr viel Kultur gezeigt, die in Bayern stattfindet, aber "nichts mit Bayern zu tun" habe 32). Wenn dies kritisiert

30) Eckhart Pohl, Ekkehard Launer: Norddeutsches Allerlei. In: Frankfurter Rundschau vom 22.6.1976.

31) C'est le (Kan-)ton qui fait la musique! In: Die Weltwoche vom 21.5.1965.

32) "Bayern heute" - Bayern heute? Ms. einer Fernsehsendung des Bayerischen Rundfunks (Juli 1976), S. 15 f.

wird, dann braucht man sich nicht zu wundern, daß am Ende eine Bierkrug- und Lederhosenwelt herauskommt, die dann auch wieder kritisiert wird. Es geht ja nicht nur darum, zu zeigen, was zufällig nur in der Region ist, sondern es geht vor allem auch darum, die Verflechtung der Region mit dem Überregionalen und Übernationalen darzustellen.

Konkretionen in solchen Fällen sind immer schwierig, und wenn man als Wissenschaftler überhaupt zu solchen praktischen Dingen Stellung nimmt, kommt nicht selten der Vorwurf des Grünen Tisches - ich kann da nur erwidern, daß man auf dem Grünen Tisch immerhin einen Fernsehapparat aufstellen kann, und ich möchte an einem abschließenden Beispiel doch eine solche Konkretion versuchen.

In Tübingen fand vor kurzem eine Südostasiatische Kulturwoche statt. Studentische Gruppen demonstrierten gegen die Empfänge während dieser Kulturwoche, die etwas inflatorischen Charakter hatten, und sie entwickelten ein Gegenprogramm, in dem in Vorträgen auf den faschistischen Charakter einiger politischer Systeme in Südostasien hingewiesen wurde. In der Landesschau wurde natürlich über dieses Ereignis, wurde auch über die Demonstration berichtet - mit einem Standfoto der Demonstranten, und auch der Kommentator war nichts anderes als ein verbales Standfoto. Damit wurde die Chance vertan, das Problem zu zeigen in der Komplexität, die von den Studenten verfehlt wurde. Hätte es sich, wäre hier ausführlich über südostasiatische Probleme berichtet worden, um einen Übergriff gehandelt? Nach herrschenden Mustern und Vorstellungen wohl ja. Ich halte solche Übergriffe für notwendig, weil sonst die ferne Welt paradoxerweise gerade auch durch ihre technische Heranholung (durch Electronic-News-Gathering und vieles andere mehr 33), immer ferner rückt, und weil sonst das Bild des Nahbereichs verfälscht wird durch den Schein einer Autonomie, die keineswegs gegeben ist. Der Tübinger Philosoph Walter Schulz hat in seinem Werk zwischen einer Ethik des Nahhorizonts und einer Ethik im Fernhorizont unterschieden 34). Und es gehört sicherlich zu den schwierigsten und wichtigsten Aufgaben, die ethischen Anforderungen beider Bereiche zu vermitteln. Gerade die lokalen und regionalen Massenmedien könnten und sollten dabei mehr Hilfe leisten, als sie das bisher getan haben.

33) Vgl. hierzu Werner Hess: Technische Neuerungen und Rundfunkprogrammgestaltung. Auswirkungen und Erwartungen. In: Media Perspektiven 6/77, S. 316-329; hier S. 317.

34) Philosophie in der veränderten Welt. Pfullingen 1976.

Winfried B. Lerg
RADIO VOR DER TÜR
Lokalrundfunk als kommunikationspolitische Alternative

Vielleicht überrascht es Sie, daß ich ausgerechnet mit einem Zitat von Hans Bredow beginne, das ich im Rundfunk-Jahrbuch der RRG von 1931 gefunden habe, freilich keineswegs zufällig, wie Sie gleich merken werden. Im September 1930 hatte der Rundfunkkommissar auf einer Tagung österreichischer und deutscher Rundfunkleiter gesprochen und für Sparmaßnahmen geworben. Ein Reichsprogramm über alle Sender an bestimmten Tagen sollte die finanzielle Entspannung bringen. Dies freilich ging auf Kosten der lokalen - genauer: der regionalen Identität der einzelnen Rundfunkgesellschaften im Reichsgebiet. Bredow dazu wörtlich: "Im Rundfunk, in der Funktechnik ist ja alles noch im Fluß, und ich bin noch gar nicht davon überzeugt, daß die lokalen und regionalen Interessen, die ja in gewissem Umfang berechtigt sind, nun bei einer Einschränkung der Lokalprogramme leiden müssen. Ich glaube sogar, daß die Technik der ultrakurzen Wellen einmal die Möglichkeit geben wird, neben dem Rundfunk in seiner bisherigen Form Lokalrundfunkorganisationen innerhalb der Gesamtorganisation zu entwickeln. Dann werden die lokalen, provinziellen oder Länderinteressen in Zukunft ganz besonders berücksichtigt werden können." 1)

Gut vierzig Jahre später, diesesmal im ARD-Jahrbuch 1973, teilte der Chronist unter dem 18./19. Januar 1972 mit, was offensichtlich ein Beschluß der Intendantenkonferenz war; es hieß im Stil einer amtlichen Verlautbarung: "Die Rundfunkanstalten haben nicht die Absicht, lokale Sender mit lokalen Vollprogrammen zu betreiben oder ihre Rundfunkregionalprogramme lokal aufzuteilen. Ebenso ist nicht an eine Rundfunkwerbung für lokale Produkte und Dienstleistungen gedacht. Vorbehalten bleibt eine spätere Aufteilung der Programme nach Subregionen ('Fensterprogramme')." 2) Übrigens wurde noch angemerkt, daß die Intendanten mit diesem Beschluß ein Gespräch bestätigt hätten, das sie mit Vertretern des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger einen Monat zuvor geführt hatten. Kein Zweifel, das medienpolitische Moratorium war erteilt. Die alleinige Schlüsselgewalt für die lokalen Kommunikationsräume in unserem Land hatte sich die Presse noch einmal sichern können. Wie lange noch kann sich der Rundfunk auf seinen Anstandsbrief berufen? Wann muß er einen Programmauftrag einlösen, den er geflissentlich, wenngleich notdürftig, mit dem Etikett "Fensterprogramme" zu kaschieren sucht?

Die Presse hatte sich sehr viel Zeit gelassen; 200 Jahre nach der Entstehung des klassischen Mediums hatte es erst begonnen, sich um Lokales zu kümmern. Der wichtigste Moment in der Kommunikationsgeschichte ist immer noch der Schritt von der Mundpublizistik zur Medienpublizistik, von der unvermittelten zur vermittelten Kommunikation. Und dieser Schritt war in der Gemeinde, jenem Urbild der kommunalen Niederlassung, durch das Medium Presse erst um die Mitte

1) Hans Bredow: Gegenwartsfragen des Rundfunks. In: Rundfunkjahrbuch 1931, hrsg. von der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft. Berlin o.J., S. 6.
2) Chronik, Preise und Statistik 1972. In: ARD Jahrbuch 73, hrsg. von der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland, 5. Jg., Hamburg 1973, S. 206.

des vorigen Jahrhunderts erfolgt. Das lokale Kommunikationssystem war in Europa bis dahin unvermittelt. Die Gespräche der Leute in den dörflichen und städtischen Gemeinden waren das - zugegeben bisweilen äußerst ambivalente - Austauschverfahren für Wissen und Wollen der Einwohner. Vor 1850 finden wir in den Zeitungen nur äußerst selten lokale Berichterstattung. Erst nach der Jahrhundertmitte, die durch das Jahr 1848 auch politisch akzentuiert ist, im übrigen mit tiefgreifenden publizistischen Folgen, schob sich die Gemeinde als Instanz zwischen den einzelnen und den Staat.

Die Kommune repräsentierte die politische Öffentlichkeit für den Bürger und hatte auf diese Weise eine eigene lokalpublizistische Qualität gewonnen. Die industrielle Revolution hatte den persönlichen Freiraum und auch den Kommunikationsraum beeinträchtigt. Der zunehmenden wirtschaftlichen Abhängigkeit entsprach eine wachsende soziale und damit gleichzeitig publizistische Abhängigkeit des einzelnen bei der Befriedigung seiner Grundbedürfnisse nach Energie und Wissen. Für die Organisation der Versorgungsträger in der Gemeinde bildeten sich private oder öffentliche Wirtschaftsformen heraus. Was die Energie betraf, nehmen wir Wasser und Brot als exemplarische Ausdrücke, so wurde die Wasserversorgung Sache der Kommunen, während das Brot dem privaten Handwerk überlassen blieb. Beim Wissen, hier geht es um Pädagogik und Publizistik, wurde die Erziehung eine öffentliche Sache, alsbald auch der Kommunen, während die publizistische Daseinsfürsorge an den privaten Verleger fiel. Die Gemeinde als soziales Gebilde, nicht nur als Verwaltungseinheit übernahm insgesamt gesellschaftliche Funktionen, die zuvor andere Gruppen, wie Familie und Kirche in ihren historischen Grenzen, wahrgenommen hatten. Während in den gesamt-gesellschaftlichen Gebilden höherer Ordnung wie Provinz, Land, Nation mit ihren Makrostrukturen eine Vergesellschaftung des einzelnen immer ausgeschlossen war, leistet die Gemeinde genau dieses: eine relativ weitreichende Mitwirkung an der Zielsetzung, der Mittelplanung und an der Ausführung aller Vorkehrungen zur individuellen und sozialen Entfaltung. Diese immer konfliktträchtige Eigenschaft einer Gemeinde, weitab von irgendwelcher Gartenlaubenromantik, wird übrigens heute mit Hilfe der Bürgerinitiativen reformiert. Die Bedingungen für diese gesellschaftliche Funktion der Gemeinde waren in hohem Maß publizistisch bestimmt. Wenn die Gemeinde als kleinste soziale Einheit seit 100 Jahren den Fortbestand einer kulturell definierten Art gewährleistet hat, dann war die Lokalpresse, die vielfach heute noch sogenannte "Heimatzeitung", die Vermittlungsinstanz dafür. Wir alle verbringen wesentliche Teile unseres Lebens in der Gemeinde, gleichgültig, ob wir uns beruflich oder politisch und kulturell an jenen gesamtgesellschaftlichen Gebilden höherer Ordnung orientieren wollen oder müssen. Uns allen begegnet Gesellschaft als verallgemeinerter Anderer zunächst einmal in der Gemeinde, sobald wir aus der Unmittelbarkeit der Familie heraus-treten.

Doch bei den meisten von uns geschieht dieses mittlerweile nicht mehr in jenen vielleicht etwas verträumten Dorf- oder Kleinstadtgemeinden, sondern vielmehr in einer ziemlich anonymen Wohnlandschaft oder in einer stadtähnlichen Agglomeration, die sich politisch und administrativ, wirtschaftlich und verkehrsmäßig, kulturell und schließlich auch kommunikativ supralokal oder regional orientieren. Die "Region" ist heute allenfalls noch gleichbedeutend mit "Wirtschaftsraum" und entzieht sich bisweilen schon einer

ordentlichen Verwaltbarkeit. Kaum ist noch auszumachen, daß solche Ballungsräume eine funktionierende Selbstverwaltung, jene kommunalpolitische Praxis, die einmal unmittelbar aus der Demokratietheorie gewonnen worden war, aufweisen.

Und dennoch ist die Gemeinde der soziale Ort, wo die politische, gesellschaftliche und kulturelle Persönlichkeit noch die Chance einer qualitativ zureichenden, existentiellen Entfaltung haben kann. Deshalb darf die Gemeinde auch nicht mit irgendwelchen kommunalen Verwaltungseinheiten, mit dem Wohnsitz oder gar mit Bindungen an Grund und Boden identifiziert werden.

Jenseits aller Fortschrittsemotionen, seien sie nun konservativ-optimistisch oder progressiv-pessimistisch, haben die meisten hochentwickelten Gesellschaften heute bereits einen wissenschaftlichen und technischen Stand erreicht, der sie als Wissensgesellschaften ausweist. Wissensgesellschaften sind nun aber notwendig Kommunikationsgesellschaften. Charakteristisch für diesen Typus einer Gesellschaft ist, daß die Produktion von Gütern hinter die Produktion von Wissen zurücktritt. Heute schon werden mehr als die Hälfte des Bruttosozialprodukts in einer solchen, oft postindustriell genannten Gesellschaft wie der unseren für Kommunikation aufgewandt. Der Direktor eines Daten-Multis meinte etwas ähnliches, als er vor einigen Monaten bemerkte, Kommunikation sei zum eigenständigen Produktionsfaktor neben Kapital und Arbeit geworden. Diese Prämissen und ihre Konsequenzen wurden und werden naturgemäß in aller Welt erörtert, hierzulande beispielsweise in der "Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel", besonders aber in der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems (KtK)"; 3) aber auch einzelne Kommunikationswissenschaftler, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler diskutieren nun etwas umfassender als die politische und publizistische Praxis, die es meist bei medienpolitischen Bekenntniskatalogen ihr Bewenden sein läßt. 4)

Dennoch sind selbstverständlich die Folgen der zweiten Kommunikationsrevolution, die mit der Aufkunft der elektronischen Medien begonnen hat, noch kaum abzusehen. Eines aber dürfte sicher sein: die Entwicklung geht in Richtung auf neue Formen des unmittelbaren Zusammenlebens, die ich vorläufig mit dem alten Begriff der "Nachbarschaft" belegen möchte. Aber um Mißverständnisse sogleich auszuräumen, es handelt sich hier nicht um Anwohner in

3) Vgl. die drei Berichte für die Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel von Klaus-Peter Fehlau und Martin Neddens: Bürgerinformation im politischen Willensbildungsprozeß (Göttingen 1975), Horst Decker, Wolfgang R. Langenbucher, Günter Nahr: Die Massenmedien in der postindustriellen Gesellschaft (Göttingen 1976) und Josef Hackforth: Massenmedien und ihre Wirkungen (Göttingen 1976) sowie den Telekommunikationsbericht der KtK, hrsg. vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen (Bonn 1976).

4) Vgl. Winfried B. Lerg: Publizistische Zielvorstellungen - Leistung und Wirkungsgrad der Medien in der Zukunft. In: Massenmedien in der Prognose, hrsg. von Uwe Magnus. Berlin 1974, S. 111-127; Wolfgang Hoffmann-Riem: Chancengleichheit in zukünftigen Kommunikationssystemen. In: Zeitschrift für Rechtspolitik, 9. Jg., Heft 12/Dezember 1976, S. 291-299 sowie statt vieler Bernd-Peter Lange: Neue Medien - alte Probleme? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 32/77 v. 13. August 1977, S. 3 - 23.

einer nur räumlich definierten Nahwelt, im Haus, an der Straße oder im Block. Vielmehr haben wir es mit Gruppierungen zu tun, wie sie in den vergangenen 25 Jahren in Metropolen, urbanisierten Ballungsräumen oder in kommunalen Agglomerationen mit kleinstädtischem oder sogar noch dörflichem Charakter entstanden sind. Diese neuen Nachbarschaftsgruppen sind die elementaren sozialen Einheiten hochentwickelter Großgesellschaften. Sie setzen sich zusammen aus Menschen mit gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Grundvorstellungen als Bürger und Konsumenten, mit Gemeinsamkeiten in ihren Einstellungen zur Arbeit und zum Freizeitangebot, zur Kindererziehung und zur Altersfürsorge bis hin zu Maschen und Moden. Die neue Nachbarschaftsgruppe gewinnt ihren Zusammenhalt, ihre Homogenität in und durch Kommunikation. Diese neuen Nachbarschaftsgruppen - und auch das ist für eine publizistische Beurteilung von entscheidender Bedeutung - müssen wir uns als relativ eigenständige soziale Minderheiten innerhalb der Gesellschaft vorstellen.

Wenn dies so ist, und die Forschung läßt keine andere Deutung zu, dann heißt das aber auch, daß die Nachbarschaftsgruppen eine eigene Publizistik haben müssen. Und tatsächlich sind in zahlreichen Ländern innovative Bewegungen auszumachen, wo immer erkennbar wird, daß die Dienstleistungs- und Verwaltungsprobleme der Wissensgesellschaft nur durch die Integration der neuen Nachbarschaftsgruppen gelöst werden können. Wie erstmals während des Zweiten Weltkriegs beobachtet, verschiebt sich heute bei den breit streuenden Medien, den sogenannten "Massenmedien", langsam, aber stetig das Funktionsspektrum. Sie werden zunehmend zu Anbietern von hochstandardisiertem Wissen, sowohl im Nachrichten- und Meinungsbereich als auch auf allen Gebieten der Unterhaltung. Diese Medien, hier in erster Linie das jüngste Rundfunkmedium, das Fernsehen, aber auch der Hörfunk, verlieren ständig an Bedeutung für die in den eben geschilderten, neu gewachsenen sozialen Infrastrukturen lebenden Menschen. Der Verlust geht ausdrücklich zu Lasten des hohen Allgemeinheitsgrades der publizistischen Angebote aus Berichterstattung und Meinungsbildung, während die Unterhaltungsprogramme gerade aus ihrem niedrigen Generalnennernutzungs- und Reichweitenwerte gewinnen. Vielfach wird diese Erscheinung allenfalls kulturkritisch diskutiert; dabei haben wir es hier mit einem wirklichen Problem der Kommunikationsstruktur unserer Gesellschaft zu tun.

In den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts entstanden in Deutschland die ersten Generalanzeiger, vielfach ausdrücklich als "Stadtblatt" oder "Lokalanzeiger" angeboten. 5) Schon 1912 - kaum waren die Lichtspiele dem Wandergewerbe entronnen - eröffnete in (Wanne-) Eickel eines der ersten Gemeindekinos. 6) Karl Bücher forderte nach dem Ersten Weltkrieg die Gemeindezeitung, Wilhelm

5) Vgl. Winfried B. Lerg: Die Anfänge der Zeitung für alle. In: Massenpresse und Volkszeitung, hrsg. von W.B. Lerg und M. Schmolke. Assen/Niederlande 1968, S. 1-46.

6) Vgl. Volker Schulze: Frühe kommunale Kinos und die Kinoreformbewegung in Deutschland bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. In: Publizistik, 22. Jg., H.1/Januar-März 1977, S. 66.

von Blume eröffnete den Nachkriegschor der Forderungen nach Kommunalisierung des Kinos. 7) Im Oktober und November 1924 gab Ernst Ludwig Voß zwei Prospekte unter dem Titel "Der Gemeinde-Rundfunk (Deutsche Welle)" heraus. 8) Er wollte "im Anschluß an die Veranstaltungen der Rundfunkgesellschaften und im engsten Zusammenarbeiten mit diesen einen neuen Dienst einrichten, der den Gedanken des Rundfunks auf besondere Gebiete überträgt und dadurch der Bevölkerung neben den bisherigen eine Reihe von neuen Darbietungen bringt". Die Programme sollten demnach sowohl von den bestehenden Rundfunkgesellschaften übernommen als auch von der Deutschen Welle GmbH selbst produziert und über den Langwellensender der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen über das gesamte Reichsgebiet verbreitet werden. Dazu wollte die DW leihweise Empfänger und Lautsprecher aufbauen und warten, und zwar bei den Programmabonnenten, wobei am ehesten an Stadtverwaltungen, Gemeinden, Schulen, Vereine und Körperschaften gedacht wurde. Das Programm des Gemeinderundfunks sollte keine politischen Nachrichten und Berichte enthalten und auch nur zum geringeren Teil Wirtschaftsnachrichten, Stellenmarkt, Sport- und Wetterberichte sowie amtliche Bekanntmachungen der Kommune; in erster Linie versprach sich Voß offenbar Zuspruch von Seiten der Volkshochschulen, denen er Darbietungen zur wissenschaftlichen und künstlerischen Bildung, zur beruflichen Ausbildung und Fortbildung, zur allgemeinen Lebenshilfe sowie gehobene musikalische Unterhaltung ankündigte, - die Programmidee der späteren Deutschen Welle ab Januar 1926. Die Abonnenten sollten Nachrichten und Berichte gegen Entgelt an Privatinteressenten abgeben, während die Wort- und Musikdarbietungen in Rundfunksälen ("Saalrundfunk") gegen Eintrittsgeld aufgeführt werden sollten. Voß rechnete bei Gemeinden mit 10 bis 20.000 Einwohnern auf monatliche Erlöse von rd. 350 Mark, mit 50.000 Einwohnern auf 600 bis 800 Mark und mit mehr als 100.000 Einwohnern auf etwa 2.000 Mark Bruttoerlös monatlich. Von den 600 bis 800 Mark Erlösen einer 50.000-Einwohner-Gemeinde wollte Voß etwa 50 % als Abonnementsgebühren erheben, zuzüglich eines Anteils an den hierüber hinaus erzielten Einnahmen; kleinen Gemeinden versprach er Rabatt einzuräumen. Der Gemeinderundfunk nach der Vorstellung von Voß kam jedoch nicht mehr. Zunächst gab es technische Schwierigkeiten bei dem Versuch, die erforderlichen Reichweiten des Senders zu gewährleisten. Die Rundfunkgesellschaften mochten nicht einsehen, weshalb sie auch noch einen Programmzwischenhändler brauchten, und im übrigen ging die Entwicklung konsequent auf den Einzelpfänger des privaten Rundfunkteilnehmers hin, dem die Funkindustrie alsbald mit billigen Selbstbausätzen und preiswerten Nahempfängern entgegenkam. Physikalisch-technische Barrieren und kulturpolitische Fixierungen, endlich medienpolitische Mißverständnisse bewirkten in der weiteren Entwicklung des Mediums, daß bis heute der Rundfunk in Deutschland noch nicht über die regionale Schwelle hinweg bis vor die Haustür des Bürgers treten konnte.

7) Vgl. Karl Bücher: Zur Frage der Preßreform (1919). Tübingen 1922; Auszug in: Presse-Reform und Fernseh-Streit, hrsg. von O.B. Roeggele. Gütersloh 1965, S. 80-91 - Wilhelm von Blume: Kommunalpolitik. In: Handbuch der Politik, hrsg. von G. Anschütz u.a., 3. Aufl., Bd. 1, Leipzig-Berlin 1920, S. 291.

8) Vgl. Deutsche Welle, GmbH (Hrsg.): Der Gemeinde-Rundfunk. Berlin, im Oktober 1924, 4 Seiten - Ernst Ludwig Voß: Der Gemeinde-Rundfunk. Berlin, im November 1924, 4 Seiten (Prospekte im Besitz von Kurt Wagenführ, Fotokopien beim Verf.), vgl. auch W.B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Frankfurt 1965/1970², S. 228 f.

Erstaunlich genug dabei ist übrigens, daß weder die Wissenschaft noch die Politik sich hierzulande um die lokale Rundfunkkommunikation kümmern mochten. Wenn bisher von Lokalpublizistik die Rede war, ging es zunächst um das Medium Presse. Vor mehr als siebzig Jahren entwarf Edmund Krafft ein heute noch lesenswertes Berufsbild des Lokalredakteurs. 9) In den zwanziger Jahren erschienen ein halbes Dutzend zeitungskundlicher Dissertationen über die Lokalpresse und einzelne Heimatblätter. Eine Ausnahme bildete die Leipziger Dissertation von Alfred Schmidt "Publizistik im Dorf" (Dresden 1939). Was ihre Fragestellung und die benutzten Verfahren zur Antwortsuche betraf, muß die Untersuchung von Morris Janowitz "The Community Press in an Urban Setting" (Chicago 1952) als Pionierarbeit angesehen werden; sie wurde 1967 mit neuen Vor- und Nachworten in zweiter Auflage herausgegeben. Die Janowitz-Studie hat in der Bundesrepublik eine erste Nachahmerin gefunden in den "Untersuchungen über Funktionen und Wirkungen von Zeitungen in ihrem Leserkreis" des Forschungsinstituts für Soziologie der Universität Köln. Zwei Dissertationen sind aus diesem Projekt hervorgegangen, von Jürgen Rink über "Zeitung und Gemeind" (Köln 1963) und von Rüdiger Hentschel über den "Redakteur als Schlüssel-figur im Kommunikationsprozeß der Zeitung" (Köln 1964). Der Abschlußbericht von Gerhard Kunz konnte erst 1967 erscheinen. 10)

Die kommunikationswissenschaftliche Erforschung der Lokalpresse setzte vor zehn Jahren am Institut für Publizistik der Universität Mainz ein. Manfred Knoche untersuchte aufgrund einer repräsentativen Stichprobe aller Tageszeitungen der Bundesrepublik das kritische Leistungsvermögen des Lokalteils sowie - zusammen mit Winfried Schulz - die Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen; diese Forschungen gehörten in den Zusammenhang der beginnenden Diskussion um den publizistischen Wettbewerb der Medien. 11) Eine zweite Herausforderung nahm die Kommunikationsforschung aus der am Ende der sechziger Jahre einsetzenden, berufspolitischen Auseinandersetzung an. Der 18. Zeitungsfachliche Fortbildungskurs des Deutschen Instituts für publizistische Bildungsarbeit im November 1968 behandelte die Themen Lokalpublizistik und Kommunalpolitik; Günter Kieslich eröffnete den Kurs mit einem Vortrag über die publizistische und gesellschaftliche Bedeutung des Lokalen in den Massenmedien. 12) Zum selben Anlaß griff er übrigens das Thema drei Jahre später noch einmal auf. 13)

9) Vgl. Edmund Krafft: Der Lokalredakteur. In: Handbuch der Journalistik, hrsg. von R. Wrede. 2. Aufl., Berlin 1906, S. 259-266.

10) Gerhard Kunz: Untersuchungen über Funktionen und Wirkungen von Zeitungen in ihrem Leserkreis. Köln-Opladen 1967, 84 Seiten.

11) Manfred Knoche: Kommentar und Kritik im Lokalteil der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland. In: Publizistik, 13. Jg., H. 2-3-4/April-Dezember 1968, S. 348 - 359 - Manfred Knoche und Winfried Schulz: Folgen des Lokalmonopols von Tageszeitungen. In: Publizistik, 14. Jg., H. 3/Juli-September 1969, S. 298 - 310.

12) Günter Kieslich: Die publizistische und gesellschaftliche Bedeutung des 'Lokalen' in den Massenmedien. In: Journalismus, hrsg. von E. Dovifat und K. Bringmann, Bd. 5, Düsseldorf 1969, S. 9 - 17; ebenda die übrigen Vorträge des Kurses von Wissenschaftlern, Journalisten und Kommunalpolitikern.

13) Vgl. Günter Kieslich (1924 - 1971) Eröffnungsvortrag des 21. Zeitungsfachlichen Fortbildungskurses vom Oktober 1971, posthum veröffentlicht als: Lokale Kommunikation. In: Publizistik, 17. Jg., H. 1/Januar - März 1972, S. 95 - 101.

Nun setzte eine Forschungswelle ein, die dem Beruf und der Aus- und Fortbildung des Lokaljournalisten galt, ein umfassendes Projekt unter dem Titel "Journalismus und kommunale Öffentlichkeit", finanziert von der Bundeszentrale für politische Bildung und geleitet von Wolfgang R. Langenbacher am Institut für Zeitungswissenschaft der Universität München. Im Auftrag des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung untersuchten Franz Ronneberger und Hans-Werner Stuiber vom Institut für Politik und Kommunikationswissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg sowie Elisabeth Noelle-Neumann vom Institut für Publizistik der Universität Mainz mit dem Institut für Demoskopie Allensbach ausführlich die Probleme der lokalen Alleinstellung von Tageszeitungen und die Folgen lokaler Zeitungsmonopole. Schließlich beauftragte das Bundespresseamt Elisabeth Noelle und den Betriebswirtschaftler Karl Schwantag mit einer Untersuchung über die betriebliche Anpassung lokaler und regionaler Abonnementszeitungen an die durch intra- und intermediären Wettbewerb der Massenmedien ausgelösten Veränderungen der Leserbedürfnisse. 14) Inzwischen gehen derlei pressebezogene Untersuchungen weiter, weitgehend affirmativ, ohne nach den Folgen der publizistischen Innovation für die kommunikative Infrastruktur der Gesellschaft zu fragen. 15)

Ganz anders war die Entwicklung in einigen Nachbarländern inzwischen gelaufen. Man war mit einmal auf die publizistische Verspätung des Rundfunks aufmerksam geworden. Heute werden in Europa lokale Hörfunkprogramme in Dänemark, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, in der Schweiz, in Schweden verbreitet. Das Paradebeispiel ist zweifellos - gerade auch unter rundfunkpolitischen Gesichtspunkten - Großbritannien, wo immerhin die BBC zwanzig und die IBA neunzehn lokale Hörfunkprogramme verbreitet. Die hohe Wertschätzung für das, was auf der Insel als "local democracy" bezeichnet wird, hat sich dort offensichtlich gegen alle Widerstände durchsetzen lassen, vor allem gegen die politisch unklugen, wirtschaftlich kurzsichtigen und allen kommunikationswissenschaftlichen Erkenntnissen entgegenstehenden Vorhaltungen von angeblich ruinösen publizistischen und ökonomischen Wettbewerb der Medien.

14) Zu den einzelnen Untersuchungen vgl. die Übersicht: Kommunikationspolitische und kommunikationswissenschaftliche Forschungsprojekte der Bundesregierung (1971 - 1974), hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1974 - Bei dem politologischen Projekt "Politisches Verhalten. Materialien zu den Bedingungen und Formen politischer Teilnahme", finanziert durch die Bundeszentrale für politische Bildung, wurden auch lokalpublizistische Fragen erörtert, vgl. Thomas Ellwein und Gisela Zimpel: Wertheim I. Fragen an eine Stadt. München 1969 sowie Horst Haenisch und Klaus Schröter: Zum politischen Potential der Lokalpresse. In: Manipulation der Meinungsbildung, hrsg. von R. Zoll. Opladen 1971, S. 242 - 279.

15) Als neuere Untersuchung sei erwähnt Hans-Werner Stuiber: Kommunikationsräume der lokal informierenden Tagespresse. Nürnberg 1975. - Bei der rundfunkgeschichtlichen Arbeit von Wolfgang Schütte (Regionalität und Föderalismus im Rundfunk. Frankfurt 1971) mußte aus Kostengründen der theoretische Teil unveröffentlicht bleiben.

In den Niederlanden mit zwei Regional- und zwei Lokalprogrammen fand im September 1976 in Amsterdam ein Symposium über Regionalrundfunk statt. 16) Die 1973 gegründete "Coopérative internationale de recherche et d'action en matière de communication (CIRCOM)" und ihre seit 1975 bestehende Arbeitsgruppe "Radio" richtete zusammen mit dem Belgischen Rundfunk (RTB) im November/Dezember 1976 in Liège eine Tagung aus zum Thema "Radios locales et communautaires". 17) - Die Diskussion geht weiter, - auch in der Bundesrepublik?

Man hat nicht den Eindruck, daß sich seit jener eingangs angeführten Intendantenverlautbarung vom Januar 1972 irgendetwas getan hat. Da wird über ein Dutzend lokaler Pilotprojekte mit Kabelfernsehen spekuliert, da erhitzt man sich seit Monaten über Probleme der elektronischen Übertragung von lesbarem Text auf Bildschirm, die kommunikationspolitisch nicht halb so strittig sind wie es die beiden Medienkontrahenten glauben machen. Die Frage des zielgruppenspezifischen Hörfunks wird kaum noch gestellt, so sehr sind offenbar alle auf's Fernsehen fixiert; dabei ist gerade dieses Funkmedium sehr viel schwerer zu spezialisieren, sind gerade Fernsehprogramme für homogene Nachbarschaftsgruppen sehr viel problematischer als entsprechende Hörfunkangebote. Es wird Zeit, die wissenschaftlichen Begleituntersuchungen aus England oder aus den Niederlanden zu diesen Kernfragen hierzulande auszuwerten. 18) Stattdessen wird nun mit selbstbewußter Geste immer wieder auf den Telekommunikationsbericht der KtK verwiesen, wo unter Ziffer 6.3.2 (Bedarf) zu lesen ist: "Obgleich ein gewisses öffentliches Interesse an Lokalprogrammen an dem Entstehen von Bürgerinitiativen und dem zunehmenden Stadtteildenken ablesbar ist, muß festgestellt werden: das Bedürfnis nach lokalen Hörfunk- und Fernsehprogrammen ist wenig ausgeprägt und wird für die Zukunft nicht mit hinreichender Sicherheit prognostiziert." 19) Dieses Diktum hört sich recht unstrittig an. Andererseits aber hatte der Arbeitskreis I (Bedürfnisse und Bedarf) der KtK aufgrund einer Umfrage immerhin erklärt, daß ein Viertel der Erwachsenenbevölkerung der Bundesrepublik ein Rundfunkprogramm wünsche, das über das Geschehen in der Gemeinde berichtet und kommentiert.

16) Vgl. den Hauptvortrag von Joan Hemels: De regionale omroep in het medialandschap. In: Massacommunicatie (Nijmegen), 5. Jg., No. 2/April 1977, S. 41- 62 (= Themenheft Regional- und Lokalrundfunk) sowie die Broschüre: Omroep dicht bij huis, hrsg. von der Nederlandse Omroep Stichting. Hilversum, September 1976, 72 Seiten.

17) Vgl. die Beiträge in dem Themenheft "Radio locale et communautaire" der medienkundlichen Zeitschrift des Belgischen Rundfunks (RTB): Etudes de radio-télévision (Bruxelles), No. 23/mars 1977, 262 Seiten. Die Diskussionsbeiträge von Teja Fiedler (SDR, Studio Heidelberg) über die Situation in der Bundesrepublik sind freilich an Einfachheit nicht mehr zu unterbieten.

18) Vgl. beispielsweise Paul Croll and Charles Husband: Communication and community. A study of the Swindon community television experiment. Centre of Mass Communication Research, University of Leicester, 1975. James Stappers, Ed Hollander en Harry Manders: Onderzoeksproject Lokale Kabelomroep - Interim Rapportage. Instituut voor Massacommunicatie Katholieke Universiteit Nijmegen, januari 1976.

19) Telekommunikationsbericht, a.a.O., S. 115.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eine Untersuchung des Instituts für Publizistik der Universität Münster über zukünftige Kommunikationssysteme anführen, die Gert Schukies soeben fertiggestellt hat. 2o) Es handelt sich um eine sogenannte Expertenbefragung. Befragt wurde zum Thema ein Personenkreis aus dem Bereich der verschiedenen Medien, der Kommunikationstechnik, -wirtschaft und -wissenschaft, insgesamt 217 Personen. Aus den mannigfaltigen Resultaten will ich Ihnen einen kurzen Eindruck über das vermitteln, was die befragten Fachleute zur Entwicklung der Lokalkommunikation berichtet haben; erwähnt sei noch, daß in dieser Studie der Lokalrundfunk nur noch so verstanden wird, daß Programm nicht mehr drahtlos, sondern über Kabelverteilnetze verbreitet wird.

1. Lokalkommunikation wird nicht ohne entscheidende Mitwirkung der Bundesländer und des Bundes verwirklicht werden; der Einfluß der Privatwirtschaft wird gering bleiben.
2. Lokalkommunikation ist gesellschaftspolitisch wichtiger als internationale, die politischen Grenzen überschreitende Kommunikation.
3. Lokalkommunikation dient dem Ziel, den Austausch in der Nahwelt, unter Nachbarschaftsgruppen, Verbänden, Bürgerinitiativen zu ermöglichen.
4. Lokalkommunikation bietet bessere Chancen, benachteiligte Gruppen, ethnische und sprachliche Minderheiten sowie Neubürger zu integrieren.
5. Bei jeder lokalpublizistischen Organisation ist sicherzustellen, daß politischer oder wirtschaftlicher Mißbrauch durch rechtliche Vorkehrungen ausgeschlossen wird.
6. Lokalkommunikation gewährleistet effektivere Selbstverwaltung, fördert neue basisdemokratische Formen und unmittelbare Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung.
7. Die Ausrichtung der Lokalkommunikation durch die bestehenden Rundfunkanstalten wird generell noch nicht als Gefährdung des Mediengleichgewichts in der Bundesrepublik angesehen, gleichwohl gibt es in den einzelnen befragten Gruppen deutliche Polarisierungen zu dieser Frage.
8. Die heißeste Frage war zweifellos die nach der wirtschaftlichen Organisation der Träger, hier der neuen Medien allgemein. Das Wettbewerbskonzept einer Freigabe der Ökonomisierung der neuen Medientechniken wurde abgestuft beurteilt, jedenfalls nicht allein nach den polaren Positionen privat/öffentlich-rechtlich. Dennoch besteht gegenwärtig nach dieser Untersuchung in den grundsätzlichen Fragen der wirtschaftlichen Organisation keine Übereinstimmung unter den Fachleuten.

Gerade dieser letztgenannte Befund heißt aber nun nicht, daß der Lokalrundfunk weiterhin auf Eis liegen bleiben sollte. Vieles kann schon heute aus Fehlern, die anderwärts gemacht wurden, gelernt werden. Beispielsweise bedeutet Lokalrundfunk keinesfalls eine kommunikationsromantische Idylle, "Radio Sperlingsgasse,

2o) Vgl. Gert Schukies: Kommunikation und Innovation. Eine Untersuchung zur zukünftigen Struktur massenmedialen Austauschs. Phil. Diss., Münster 1977.

Studio Gartenlaube". Manche verquollene Vorstellung von Laienrundfunk (Public Access, Open Channel) ist mittlerweile nicht nur in den USA und in Kanada, sondern auch in England und in den Niederlanden geplatzt. Auf der anderen Seite wird Lokalrundfunk auch an die Programmacher ungewohnte Anforderungen stellen, die bislang noch nirgendwo, auch nicht in Regionalstudios, gelehrt werden, und sei es so etwas scheinbar - aber auch nur scheinbar - Banales wie die Rücknahme des herstellungstechnischen Perfektionismus. Dringend erforderlich werden auch neue Umgangsformen der Rundfunklokaljournalisten mit dem Bürger bis hin zum Bürgermeister.

Zum Schluß noch ein praktischer Vorschlag: Bei jedem lokalen Kabelprojekt zur Erprobung von Telekommunikationsformen in Breitbandverteilsnetzen sollen grundsätzlich sowohl Hörfunk- als auch Fernsehprogramme hergestellt und verbreitet werden, - und das nicht ohne kommunikationswissenschaftliche Begleituntersuchungen.

Radio vor der Tür - ein bürgernaher Rundfunk ist in der Bundesrepublik endlich fällig.

Friedrich P. Kahlenberg
TONDOKUMENTE ZUR FRÜHGESCHICHTE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND.
Zum Problem der Überlieferungsbildung in einem Schallarchiv

Über den Quellenwert von Tondokumenten für jede Art historisch gewandter Forschung besteht unter jenen breite Übereinstimmung, die überhaupt geschichtliche Quellen kritisch auszuwerten gewohnt sind. 1) Unmittelbarkeit der Atmosphäre, in der gesprochen wurde, Beleg für Intensität und Gestus der Sprecher, Spontaneität der Aussage unter dem unmittelbaren Eindruck eines Ereignisses oder einer Nachricht, all dies sind spezifische Informationswerte, die durch schriftliche Überlieferungen aus der zeitgeschichtlichen erfaßbaren Vergangenheit höchst unvollkommen vermittelt werden. Zur Vermeidung jeglichen Mißverständnisses ist zu betonen, daß Tondokumente die Aufzeichnung akustischer Signale am Ort des Geschehens, zum Zeitpunkt des historisch relevanten Ereignisses, Vorgangs oder der dokumentierten Entscheidungsbildung, Verlautbarung, Aussage oder Adresse meint, nicht aber die nachträgliche Aussage im Rahmen eines Interviews. Ohne die Funktion der Tonbandaufzeichnung eines Gesprächs mit einem Wissensträger, einem Zeugen über zeitlich mehr oder minder lange zurückliegende Ereignisse schmälern zu wollen, bleibt doch festzuhalten, daß diese Aufzeichnung nicht eo ipso Tondokument im Sinne einer historischen Primärquelle ist. Das vor allem in den USA in breitem Umfang gepflegte Feld der Oral History ist ein Bereich sekundärer Quellenüberlieferungen; hier werden keine Tondokumente produziert, sondern Zeugenberichte, Geschichte als Erzählung von Ereignissen akustisch fixiert.

Auf historische Tonquellen wird seit einigen Jahren bei der Gestaltung von Unterrichtsmaterialien für die Jugend- und Erwachsenenbildung wie für politische Bildungsarbeit zaghafte, aber doch mit insgesamt steigender Tendenz zurückgegriffen. Unverkennbar sind die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die einer rasch sich erweiternden Nutzung historischer Tondokumente entgegenstehen. Sie können rechtlicher wie technischer, organisatorischer oder auch lernpsychologischer Natur sein, nicht zu verkennen bleibt jedoch vor allem auch der insgesamt schmale Bestand geeigneter und gesicherter Ausgangsmaterialien. 2) Im Bereich der zeitgeschichtlich relevanten nichtmusikalischen Tondokumente ist der Forscher sehr bald - sieht er von einigen wenigen in der Öffentlichkeit kaum bekannten staatlichen, kommunalen oder privaten Sammlungen ab - auf Schallaufnahmen des Rundfunks angewiesen. Da in der Bundesrepublik Deutschland eine nationale Phonotheke nicht besteht - das kurzlebige Reichschallarchiv im Geschäftsbereich des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda im NS-Deutschland fand keine unmittelbare Nachfolgeorganisation -,

1) Über "Tondokumente als Quellen der Geschichte" siehe zusammenfassend Ansgar Diller in: MITTEILUNGEN 1/1975, Nr. 4, S. 23-28.

2) Der Benennung dieser Schwierigkeiten diene nicht zuletzt die vom Studienkreis Rundfunk und Geschichte veranstaltete Tagung zum Thema "Rundfunkarchive Homburg" (vgl. MITTEILUNGEN 1, 1975, Nr. 5, S. 14 f.)

kommt für die Zeit bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, bis zum Jahre 1945 der Sammlung historischer Tondokumente im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) in Frankfurt/Main und mit einigen Abstrichen dem Tonarchiv im Bundesarchiv in Koblenz nach Umfang und Qualität der Bestände eine überregionale archivische Funktion zu. Hin- gegen verfügen die einzelnen Rundfunkanstalten in ihren Schall- archiven nur in geringerem Umfang über ältere, in die Zeit vor 1945 zurückreichende nichtmusikalische Tondokumente. Die tech- nischen Schwierigkeiten der akustischen Aufzeichnung ließen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges ohnehin nur in seltenen Aus- nahmefällen eine Konservierung einzelner Sendungen zu. Ein übriges veranlaßten Kriegs- und Nachkriegsereignisse; neben der Zer- störung von Platten sorgte die Materialknappheit für eine rasche Wiederverwendung der ohnehin in viel zu kleinen Mengen vorhande- nen Bandmaterialien. Eine Ausnahme bilden auch hier wieder der Norddeutsche Rundfunk (NDR), der in enger Zusammenarbeit mit der BBC 1945 von der britischen Armee beschlagnahmte und nach England verbrachte Tonträger der ehemaligen Reichsrundfunkgesell- schaft umspielte und wieder nach Deutschland holte. Als Ergeb- nis dieser Aktion konnten nicht zuletzt die Bestände des Deut- schen Rundfunkarchivs wesentlich ergänzt werden. Das DRA ent- sprach seiner besonderen Stellung nicht zuletzt durch die Ver- öffentlichung einer Reihe von Katalogen mit detaillierter Be- schreibung von Tondokumenten in der eigenen Reihe "Bild und Ton- trägerverzeichnisse" seit 1972. 3) Für die Bestände im Tonarchiv des Bundesarchivs wurden zwar in den letzten Jahren interne Hilfsmittel geschaffen, die die vorhandenen historischen Ton- aufnahmen weitgehend erfassen, veröffentlicht werden konnte bislang aber nur eine allgemeine Charakteristik der Bestände 4).

Ogleich die Bundesrepublik Deutschland nach Jahren gerechnet in ihrer Kontinuität die Geschichte der Weimarer Republik und NS-Deutschlands zusammen genommen zu übertreffen begonnen hat, ist eine umfassende systematische Erfassung und Archivierung der historischen Tondokumente nichtmusikalischen Charakters noch nicht gewährleistet. Dabei sei auch an dieser Stelle aus- drücklich hervorgehoben, daß hierbei nicht an die Sicherung von Belegkopien von kommerziell vertriebenen Schallplatten und Kassetten mit Wortaufnahmen gedacht wird, sondern an die Erfassung der aus der Geschäftstätigkeit von Institutionen ent- stehenden primären Tonaufzeichnungen. Diese müssen nach archi- vischen Kriterien bewertet werden, um die dauerhaft aufzubewah- renden Einzelaufnahmen zu selektionieren. Die endlich als ar- chivwürdig und historisch wertvoll bezeichneten Tondokumente bedürfen anschließend der konservatorischen Behandlung, um ihren spezifischen Informationswert zu sichern.

3) Die Reihe "Bild- und Tonträger-Verzeichnis, hg. vom Deutschen Rundfunkarchiv umfaßt gegenwärtig 8 Bände, von denen die im folgenden genannten Bände Tondokumente aus den eigenen Beständen nachweisen: Bd. 1: "Tondokumente zur deutschen Rundfunkgeschich- te 1924-1945" von I. v. Broich-Oppert, W. Roller, H.J. Schauss, 1972. - Bd. 3: "Tondokumente des deutschsprachigen Hörspiels 1928-1945" v. H.J. Schauss, 1975 - Bd. 4 "Tondokumente zur Zeitgeschichte 1939-1945", v. W. Roller, 1975 - Bd. 8 "Ton- dokumente zur Zeitgeschichte 1888-1932", v. W. Roller, 1977.

4) Das Bundesarchiv und seine Bestände, 3. Auflage bearbeitet von G. Granier, J. Henke, K. Oldenhage, Boppard 1977, S. 771-773.

Während die öffentlichen Archive mit wenigen Ausnahmen die in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich auf kommunaler, Landes- und Bundesebene anfallenden Tonquellen in der Regel übernehmen und erhalten, ohne bislang eine aktive Überlieferungsbildung zu betreiben, haben die Schallarchive im Bereich der Rundfunkanstalten seit einer Reihe von Jahren in enger Zusammenarbeit mit dem DRA begonnen, historisch wertvolle Aufnahmen zu bezeichnen, zu selektionieren und zu katalogisieren. Eine an der Nutzung von Tondokumenten zur Zeitgeschichte interessierte wissenschaftliche Forschung wird auf diese Überlieferungen in den einzelnen Schallarchiven der Rundfunkanstalten in Zukunft in verstärktem Umfange zurückgreifen. Das DRA vermag ihr dabei auf Grund der dort bestehenden und fortlaufend ergänzten Karteien den jeweiligen Aufbewahrungsort der gewünschten Aufnahmen nachzuweisen. In der oben erwähnten Reihe der vom DRA herausgegebenen "Bild- und Tonträger-Verzeichnisse" indessen ist die Schwelle des Jahres 1945 für die Katalogisierung von Tondokumenten zur Zeitgeschichte bislang nicht überschritten worden 5). Das ist verständlich, denn eine archivistische Erfassung und Konservierung von Tonträgern aus der Zeit nach 1945 findet beim DRA nur sporadisch statt; diese wird vielmehr von den in ununterbrochener Kontinuität seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs tätigen Schallarchiven in den einzelnen Rundfunkanstalten besorgt.

Sieht der um eine Geschichtsbetrachtung der Bundesrepublik Deutschland bemühte Forscher von den wenigen Angaben ab, die er in veröffentlichten Inventaren staatlicher Archive findet 6), bleibt er auf die Auskunftsbereitschaft der Schallarchive der einzelnen Rundfunkanstalten angewiesen. Jeder Zeithistoriker wird dabei dem Schallarchiv des NDR im Funkhaus Hamburg unter Leitung von Dietrich Lotichius Dank wissen, das als einziges Schallarchiv in der ARD seit 1972 in regelmäßiger Folge Kataloge von Tondokumenten in der eigenen Katalogreihe "Tondokumente im Schallarchiv des Norddeutschen Rundfunks" veröffentlicht. Auf die vorausgegangenen Bände wurde in den MITTEILUNGEN hingewiesen 7). Im nunmehr erschienenen fünften Band - wie der in revidierter Fassung im Mai 1976 vorgelegte Band 1 der Reihe wieder von Marion Landau M.A. bearbeitet - sind "Tondokumente aus den Jahren 1952 und 1953" verzeichnet. Es ist der dritte Band, der Tondokumenten aus der Zeit seit 1945 gewidmet ist. Es soll an dieser Stelle nicht noch einmal auf das Erfassungs- und Beschreibungsschema wie auf die mit knappen Formulierungen charakterisierten Inhalte bei der Beschreibung der einzelnen Tondokumente eingegangen werden. Wohl aber ist auf die aus meiner Sicht bestehende Problematik der Selektionskriterien bei der Auswahl der für eine dauernde Aufbewahrung in Betracht kommenden Tondokumente zur Zeitgeschichte hinzuweisen. Ausdrücklich muß unterstrichen werden, daß der nachstehend beschriebene Befund mit Sicherheit kein Spezifikum des NDR darstellt, vielmehr wohl in ähnlicher Form in den Schallarchiven anderer Anstalten genauso

5) Ein Katalog "Tondokumente zur Zeitgeschichte 1946-1950", zusammengestellt und bearbeitet von W. Roller, wird 1978 erscheinen. Die Bände 2, 5 und 6 der "Bild- und Tonträger-Verzeichnisse" hingegen dokumentieren Magazinbeiträge des Fernsehens für die Zeit nach 1945 im Rahmen einer Programm-Dokumentation. Die nachgewiesenen Beiträge selbst sind beim DRA nicht überliefert.

6) Als Beispiel seien genannt die "Übersicht über die Bestände des Hauptstaatsarchivs Stuttgart: Sammlungen", Stuttgart 1974, S. 36, und "Die Bestände des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf, Kurzübersicht", Düsseldorf 1974, S. 283, in denen insgesamt nur jeweils 15 Schallplatten bzw. 4 Tonbänder und 19 Schallplatten angegeben sind.

7) MITTEILUNGEN 2/1976, Nr. 1, S. 12-16 und Nr. 4, S. 1.

zu machen wäre, woran lediglich das Faktum hindert, daß das Schallarchiv des NDR das einzige ist, das das Ergebnis der eigenen Selektionstätigkeit einer wissenschaftlichen Prüfung überhaupt zugänglich macht.

Worum geht es konkret? Der vorliegende, im April 1977 fertiggestellte Band 5 enthält Beschreibungen von 378 Dokumentationseinheiten. Von diesen sind 320 als Tondokumente zur Zeitgeschichte im engeren Sinne anzusprechen, während 58 weitere sich auf Hörspiele beziehen. Dazu heißt es im Vorwort der Bearbeiterin des Bandes: "Der vorliegende Katalog umfaßt alle Tondokumente der Jahre 1952 bis 1953, die von der Dokumentationsstelle des Schallarchivs bearbeitet wurden. Damit ist ein vollständiger Überblick über alle aus diesem Zeitraum beim NDR vorliegenden Wortaufnahmen gegeben... Aufnahmen anderer Redaktionen, die aus der Sicht des Jahres 1976 nicht archivierungswürdig erschienen, wurden im Einvernehmen mit den Redaktionen gelöscht."

Dieser Befund stimmt nachdenklich. Es bleibt zu erinnern: für die Jahre 1945 bis 1949 wurden insgesamt nur 266 Wortaufnahmen mit 47 Hörspielen und für die Jahre 1950 und 1951 nur 252 Tondokumente im engeren Sinne und 14 Hörspiele nachgewiesen 8). Jeder Historiker weiß um die außerordentlichen Belastungen der unmittelbaren Nachkriegszeit; eine unkontrollierte Vernichtung bzw. Löschung von Tonaufzeichnungen muß als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Mit den im neu erschienenen Band verzeichneten Tondokumenten der Jahre 1952 und 1953 ist jedoch eine Periode erreicht, in der äußere Einwirkungen und technische Schwierigkeiten die Kontinuität der Überlieferungsbildung kaum noch gestört haben dürften. Dennoch: Gemessen an der Entscheidungsträchtigkeit jener Jahre der stürmischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, der sich steigernden parlamentarischen und parteipolitischen Auseinandersetzungen um die auf eine lange Zeit hinaus wirksam werdenden Optionen in der Ost-West-Auseinandersetzung, auf dem Höhepunkt des Wiederaufbaus und im Banne einer greifbaren Zukunftschance Europa, vor allem aber auch gemessen an der in jener Zeit vom Fernsehen noch völlig ungebrochenen Bedeutung des Massenmediums Hörfunk wirken 320 Tondokumente zur Zeitgeschichte doch als eine höchst schmale Quellenbasis!

Die Ursache dieses Befunds liegt wesentlich in dem noch in den sechziger Jahren in der Regel gering entwickelten Dokumentationsbewußtsein in den Rundfunkanstalten gegenüber der eigenen Arbeit, der eigenen Produktion, der nichtmusikalischen zumal, begründet. Es fand weder eine regelmäßige Dokumentation erhaltungswürdiger Produktionen statt noch wurde eine Legitimität für eine längerfristige Aufbewahrung von Programmbeiträgen überhaupt gesehen. Denn anders als im Bereich der Musik kommen - von Hörspielen oder Interviews mit hervorragenden Persönlichkeiten der Zeitgeschichte abgesehen - Worttonträger für eine Wiederholungssendung kaum in Betracht. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Zahl von 320 Tondokumenten zur Zeitgeschichte aus zwei Jahren Rundfunkarbeit eine neue Bedeutung. In der Tat kann diese Zahl Kenner der Arbeitsbedingungen in den Schallarchiven jener Zeit noch positiv überraschen.

8) Vgl. Bd. 1, rev. Fassung, Mai 1976, und Bd. 4, März 1975.

Der kritische Betrachter muß sich danach fragen, ob unter den gegebenen Voraussetzungen seine Frage nach der Auswahl der Tondokumente überhaupt noch fair ist; denn natürlich konnte eine systematisch repräsentative Auslese nach vorformulierten Kriterien nicht stattfinden. Die vorliegende Auswahl ist danach auch eher das Ergebnis einer wenig dokumentationsfreundlichen Entwicklung, wie sie in den Schallarchiven der Rundfunkanstalten nur allmählich und im Grund erst relativ spät zu Beginn der siebziger Jahre zu weichen begonnen hat.

Welche Erkenntnismöglichkeiten bieten die verzeichneten 320 Dokumente dem Zeithistoriker? Natürlich ist einsichtig, daß das Schallarchiv des NDR nicht primär zur akustischen Dokumentation bundespolitischer Ereignisse verpflichtet ist. Deshalb können die vier Dokumente, die sich auf die Tätigkeit des Deutschen Bundestages beziehen, wegen der geringen Anzahl nicht überraschen. Die Trauerfeier für Kurt Schumacher am 23. August 1952 im Bundestag (Tondokument Nr. 91) ist sicher in der Überlieferungsbildung des NDR ebenso berechtigt wie ein Mitschnitt der Debatte über ein Rundfunkgesetz am 15. April 1953 (Nr. 189), während zwei Ausschnitte aus einer Regierungserklärung am 17. Juni 1953 und aus der Sitzung vom 20. Oktober 1953, in der die Mitglieder der neuen Regierung Adenauer vereidigt wurden (Nr. 213 und Nr. 286), angesichts der Tondokumentation im Deutschen Bundestag bzw. beim Westdeutschen Rundfunk vielleicht sogar entbehrlich erscheinen können. Die erwähnte Skepsis stellt sich jedoch ein, wenn sich der für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland interessierende Zeithistoriker nach dem beigegebenen Titel- und Schlagwortregister über Tondokumente zur Geschichte der politischen Parteien informiert. Die insgesamt 7 bzw. 2 Tondokumente, die sich auf CDU und CSU (diese jedoch nur formale Erwähnungen, Nr. 205 und 257) beziehen, spiegeln wiederum eher bundespolitische denn länderpolitische Anliegen. Positiv die Erhaltung zweier Wahlsendungen der CDU im Bundestagswahlkampf 1953 mit Gerd Bucerius und Hermann Ehlers (Nr. 251 und 253); doch bleibt sogleich zu fragen, warum keine Beispiele für Wahlsendungen der anderen Parteien verzeichnet sind. Von den 8 Tondokumenten betr. SPD entstammt die Hälfte Trauerfeiern zum Ableben Kurt Schumachers (Nr. 91 und 92) bzw. Stellungnahmen zum Tode von Ernst Reuter. Daneben sind zwei Interviews mit Erich Ollenhauer erhalten (Nr. 133 und 151); die beiden übrigen Nennungen beziehen sich auf Erwähnungen bei der Beschreibung anderer Dokumente. Nur scheinbar "besser" im Sinne einer Überrepräsentation ist mit fünf Belegen die FDP vertreten, wobei neben einem Interview mit Franz Blücher (Nr. 240) sich jedoch sämtliche vier folgenden Dokumente auf den a.o. Parteitag der FDP im Juni 1953 in Lübeck beziehen (Nr. 222 bis 225). Daneben sind nur noch BHE und SRP mit 2 bzw. 1 Dokument genannt. Daß die politischen Parteien jener Zeit nicht vollständig belegt sind, ist augenfällig. Die ausführliche Aufzählung der vorhandenen Tondokumente signalisiert im übrigen eine deutliche Bevorzugung bundespolitischer gegenüber landespolitischen Ereignissen.

Die Einschätzung bestätigt sich im übrigen, wenn der Benutzer an Hand des Personenindex den Katalog nach Tondokumenten zur Geschichte der Landespolitik in den im Sendegebiet des NDR liegenden Ländern durchsieht. Das Ergebnis macht deutlich, daß die Tonquellen nur punktuell einen repräsentativen Quellencharakter für die Entwicklung des politischen Lebens im engeren Sinne jener Zeit

haben, im übrigen aber, daß die überwiegende Mehrzahl der genannten Dokumente sich auf den Bereich der Künste, auf Medien, auf kulturelle Ereignisse im weitesten Sinne bezieht. Das Verhältnis der Tonbeispiele aus der parlamentarischen, von der Tätigkeit der politischen Parteien geprägten Öffentlichkeit zu jenen aus der kulturellen Öffentlichkeit beträgt 1 zu 2!

Diese Relation, die im übrigen die zur Erhaltung einer Vergleichsbasis literatur- wie gattungsgeschichtlich gleichermaßen gewichtige Hörspielüberlieferung unberücksichtigt läßt, unterstreicht bei der internen Formulierung von Kriterien für die Selektion, für die Bewertung der historisch wertvollen und damit dauerhaft aufzubewahrenden Tondokumenten in der Vergangenheit eine deutlich erkennbare Präferenz für kulturpolitisch-künstlerische Schwerpunkte. Daß sich auch darunter höchst wertvolle Tonbeispiele befinden, die tiefe Einsichten in die Strukturen der öffentlichen Meinung am Ende der 1. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages und im Jahr des aktiven politischen Widerstands in der DDR vermitteln, sei ausdrücklich hervorgehoben. Denn auch Features wurden in den Katalog mit aufgenommen, u.a. 'Menschen im Niemandsland' von Alfred Andersch (Nr. 56), 'Hitlers letzte Festung' von Erich Kuby (Nr. 83), 'Woher kennen wir uns bloß' von Wolfgang Weyrauch oder Hans Werner Richters 'Wien 1952'. Schließlich sei gerade an dieser Stelle dankbar vermerkt, daß bei der Auswahl der dauernd aufzubewahrenden Tondokumente Aufnahmen zur Geschichte der Medien eine großzügige Bewertung erfuhren. Das gilt nicht nur für den Rundfunk in eigener Sache (Reden zur Eröffnung des Fernsehens vgl. z.B. Nr. 140-142 und 144!), sondern auch für den Film und die Presse. Sicher würde die Behauptung zu weit gehen, daß die Überlieferungsbildung mit Tonbeispielen in einem Schallarchiv einer unserer größten Rundfunkanstalten unter dem Leitthema "Rundfunk als Kulturinstitution", "Programm als Bildungsbotschaft" stünde. Eine entsprechende Tendenz ist bei der rückwärts gerichteten Bewertungspraxis im Schallarchiv des NDR nach dem Eindruck des erwähnten Katalogbandes jedoch unverkennbar.

Was aber bleibt dabei auf der Strecke? Im Vorwort wird darauf hingewiesen, daß Produktionen des Schulfunks und ein Teil der Features nicht dokumentarisch erfaßt wurden, aber noch erhalten sind. Es bleibt die Hoffnung, daß landespolitisch relevante Tonbeispiele der Jahre 1952 und 1953 in den Funkhäusern des NDR in Kiel und Hannover archivisch gesichert werden. Aber selbst für das Bundesland Hamburg, für die Freie und Hansestadt, sieht die Tondokumentation des öffentlichen, des politischen Lebens, von einigen wenigen zusätzlichen aktuellen Reportagen und Interviews abgesehen, doch sehr schmal aus. Wo blieb der große Bereich der Wirtschaftspolitik (vier Belege im Index), des Außenhandels (Export und Import), wo die Entwicklung der Technik dokumentiert (5 Nennungen), wo eine der Naturwissenschaften (kein Beleg)?

Gewiß, kein Schallarchiv einer Rundfunkanstalt, kein Tonarchiv vermag die ganze Spannbreite öffentlichen Lebens mit gleicher Intensität für alle Zeiträume in gleichem Umfange abzudecken. Kein Historiker wird vernünftigerweise eine akustische Totaldokumentation erwarten. Niemand wird die ohnehin latenten Probleme unterschätzen, die sich aus personeller Unterbesetzung und Raumangel in den Schallarchiven der Anstalten, aus den von Haushalt- und Wirtschaftsplan gesetzten Grenzen ergeben. Auch ist es die

genuine Aufgabe jedes Schallarchivs einer Rundfunkanstalt, den programmproduzierenden Redaktionen des eigenen Senders benötigte Materialien zugänglich zu machen, nicht aber im abgeleiteten Interesse einer wissenschaftlichen Öffentlichkeit gleichsam stellvertretend für sämtliche andere Einrichtungen, wie z.B. für die staatlichen Archive, eine aktive Überlieferungsbildung im Bereich der Tonüberlieferungen zu betreiben. Und dennoch: kann es sich eine Rundfunkanstalt wirklich leisten, ihr Programmvermögen an Tondokumenten zur Zeitgeschichte mit der Intensität und Rigidität zu verkleinern, wie dies während der Frühzeit der Bundesrepublik Deutschland geschah? Entspricht es wirklich dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Anstalt, sämtliche akustischen Zeugnisse der eigenen kommentierenden und damit wertenden Meinungsbeiträge (aus-)zulöschen? Bei der Auswahl der dauerhaft zu erhaltenden Tonquellen auf Beispiele beliebter Sendeformen, auf Reportagen aus dem lokalen und regionalen Bereich, vor allem aber auf Meinungsbeiträge herausragender Rundfunkjournalisten bzw. Redakteure des Senders zu verzichten, kann nach meiner Meinung sinnvollerweise nicht zum Grundsatz erhoben bzw. als archivistisches Kriterium für die Überlieferungsbewertung herangezogen werden. Denn jede archivistische Bewertung sollte auf die Repräsentativität der ausgewählten Überlieferung für die Geschäftstätigkeit der Provenienzstelle achten.

Zu wiederholen bleibt: daß diese Erwägungen am Beispiel einer Katalogveröffentlichung aus dem NDR mitgeteilt werden, ist keineswegs eine primär auf das Schallarchiv des NDR gerichtete Kritik. Noch einmal sei unterstrichen, daß der NDR die einzige Anstalt ist, die überhaupt Kataloge ihrer historischen Tonquellen, wenn auch von vornherein in beschränkter Auflage und nur für den internen Gebrauch bestimmt, veröffentlicht und damit zur Kritik einlädt. Dies ist dem NDR in aller Form zu danken. Zugleich aber wäre es nach meinem Eindruck mit einiger Sicherheit auch für alle Schallarchive ein Gewinn, könnte ein neues Gespräch über Bewertungskriterien für historische Tonträger geführt und dabei all jene Probleme erörtert werden, die jetzt noch einer systematischen Überlieferungsbildung mit Hilfe von Tonträgern im Wege stehen bzw. sie erschweren.

BIBLIOGRAPHIE

Zeitschriftenlese 5 (1.7. - 30.9.1977 und Nachträge)

- Heinz Bahr: Entwicklungslinien der Rundfunkgeräte-Produktion. Media-Perspektiven 1977, Nr. 8, S. 455-463.
- Irene Böhme: Kultur auf dem Bildschirm. Gedanken zur Sendereihe "Kulturmagazin" im DDR-Fernsehen. FF-Dabei 1977, Nr. 37, S. 42-43.
- Heinz Britsche (Radio DDR): Legenden und Leoparden. Tonbänder und Filme als Zeugen in Sachen Wettrüsten. FF-Dabei 1977, Nr. 36, S. 42-43.
- Bernd Burkhardt/Klaus Schmutzer: Investitionen in die Zukunft. Aus der Arbeit der Hochschule für Film und Fernsehen. Film und Fernsehen [DDR] 1977, Nr. 7, S. 3-7.
- Richard W. Dill: Der Korrespondent und die neue Weltinformationsordnung oder: Wieviel Welt braucht der Mensch? ARD-Presse-dienst 1977, Nr. 34, S. 1-5; Nr. 35, S. 1-5.
- Ansgar Diller: In der Weimarer Republik gab es für den Gruppenrundfunk keine Chance. Die Bemühungen der evangelischen Verbände um eine eigene kirchliche Welle. Kirche und Rundfunk, 1977, Nr. 58, S. 4-5.
- Ansgar Diller: War das Wunschkonzert der Kriegszeit ein "Wunsch"-konzert? Zu einer WDR-Fernsehsendung am 21. August. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 65, S. 3-5.
- Walter Dirks: Stoltenbergs Anschlag. Frankfurter Hefte 1977, Nr. 9, S. 2-4.
- Hannes Elster/Karl-Otto Saur/Alexander U. Martens: Botschaften für wen? Drei kritische Stellungnahmen zu Klaus Müller-Neuholfs "Das Elend des Deutschen Fernsehens". Bertelsmann-Briefe 1977, Nr. 91, S. 9-12 (vgl. Zeitschriftenlese Nr. 4).
- Bruno Häberer: Die illegalen Empfänger der sowjetischen Kriegsgefangenen im KZ Buchenwald - Zeugnisse des proletarischen Internationalismus. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1977, Nr. 1, S. 35-62.
- Karl-Günther von Hase: Das ZDF heute und morgen. Kirche und Fernsehen 1977, Nr. 67, S. 1-27 (Rede vor dem Fernsehrat am 26.8.1977)
- Gerd Helbig: Zum 200. Mal: Das kleine "a" gleich Auslandsjournal. ZDF-Journal 1977, Nr. 34, S. 1 - 2.
- (Willibald Hilf): Relevanz des Regionalbezugs für das Programm. Auszüge aus dem Referat des SWF-Intendanten Willibald Hilf auf der Jahrestagung des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte e.V." in Tübingen. Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 38, S. 7-10.
- Peter Hohl: 10 Jahre "AktENZEICHEN: XY ... ungelöst" Weder "Jagd auf kleine Fische" noch üble Denunziationen. ZDF-Journal 1977, Nr. 35, S. 2-3.
- Heinz Werner Hübner: Die Grenzen des Möglichen. Absichten und Grundsätze der Auslandsberichterstattung. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 59, S. 1- 4.
- Manfred Jenke: The Difficulty of Forming a West German Communications Policy. Inter Media 1977, Nr. 2, S. 15 - 17.
- Botho Kirsch: Freiheit über den Äther. Epoche 1977, Nr. 6, S. 20 - 27.

- Brigitte Knott: Eine Hochburg empirischer Medienforschung. Über die Arbeit des "Internationalen Zentralinstituts für das Jugend- und Bildungsfernsehen". Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 27, S. 1 - 3.
- Brigitte Knott: Zeitgeschichte mittels Rundfunkgeschichte. Paul Karalus, Wunschkonzert. Erinnerungen an das Dritte Reich, Reihe "Spuren" (ARD 21.8.). Fernseh-Informationen 1977, Nr. 35, S. 1 - 2.
- Winfried B. Lerg: Keine 'Spuren' von Erinnerungen ans Dritte Reich. "Wunschkonzert. Erinnerungen an das 'Dritte Reich'". Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 65, S. 11 - 12.
- Jürgen Liebing: RIAS-Kinderfunk. Von Onkel Tobias bis zum Piratensender und "Troll". RIAS Quartal 1977, Nr. 2, S. 27 - 28.
- Ludwig Maaßen: Schwerpunkt: Regionale und lokale Programme. Bericht über die Jahrestagung des "Studienkreises Rundfunk und Geschichte". Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 37, S. 2 - 4.
- Uwe Magnus: Die Nutzung zusätzlicher Rundfunkprogrammangebote. Eine Untersuchung des Westdeutschen Rundfunks zu einer Groß-Gemeinschaftsantennenanlage. Media Perspektiven 1977, Nr. 7, S. 400 - 403.
- Marga Nestel-Begiebing: Marga Nestel-Begiebing sagte Schulfunk ade. Nach 30jähriger Leitung in den Ruhestand. Funkchen (WDR) 1977, Nr. 32, S. 7.
- Rupert Neudeck: Unter unserem Himmel - BFS oder ARD? Über das neue Programmschema des "Bayerischen Fernsehens". Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 29, S. 1 - 5.
- Jürgen Pfifferling: Die Chancen des Werbefunks. Neuer Aufschwung der Hörfunkwerbung in Sicht? Media Perspektiven 1977, Nr. 5, S. 229 - 243.
- Dieter Plath: Tatbestand. (Sendereihe der Hörspielabteilung des DDR-Rundfunks) FF-Dabei 1977, Nr. 33, S. 42 - 43.
- Joachim Pukaß: Rudolf-Günter Wagner, ein Leben für den Rundfunk oder der Dank des Senders ist Euch gewiß! Hörfunk, Fernsehen, Film 1977, Nr. 8, S. 17.
- Thomas Radevagen/Siegfried Zielinski: "Was wir brauchen, ist der politische Rundfunk." Die medienpolitischen Alternativen der deutschen Arbeiterbewegung in der Entstehungsphase des Rundfunks. Medium 1977, Nr. 8, S. 35 - 39.
- Henning Röhl: Veränderungen der Radionutzung, aber keine geänderten Programme. Medium 1977, Nr. 8, S. 10 - 14.
- Sigrid Schniederken: Mit dem Tonband in die Nachkriegszeit. Zu einer rundfunkgeschichtlichen Reihe im WDR-Hörfunk. Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 34, S. 10 - 11.
- Manfred Scholz: "Funkhaus Weberwiese". 1952 hieß es: "Berlin baut auf!" Unser Rundfunk war von Anfang an dabei. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1977, Nr. 1, S. 83- 85.
- Christian Schwarz-Schilling: Rundfunksystem in der Krise. Medienpolitische Anmerkungen zur Situation der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Bertelsmann-Briefe 1977, Nr. 91, S. 3-8.
- Kurt Sontheimer: Die gesamtgesellschaftliche Verpflichtung des Fernsehens. Universitas 1977, Nr. 7, S. 711 - 718.
- Dieter Stolte: Was heißt Programmserfolg im Fernsehen? Versuch einer Definition. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 69, S. 2 - 8.
- Fritz Sturm (Lausanne): Bildschirmzeitung und Rundfunkrecht. Ein Gutachten. Aktueller Medien-Dienst 1977, Nr. 33, S. 1 - 13.

- Herbert Urban: Aufbau und Bewährung des revolutionären Freien Radio-Bundes im Raum Dresden. Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1977, Nr. 1, S. 63 - 76.
- K(urt) Wagenführ: Werner Höfer verläßt den WDR Köln. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 13, S. 304 - 305.
- Stephan Walther: Ein illegaler Sender gegen Atomkraftwerke. Medium 1977, Nr. 9, S. 4 - 5.
- Cordula Zytur: Erstmals von Redakteuren miterarbeitet: WDR-Studie "Hörfunk und jüngere Generation". Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 19, S. 13 - 16.
- Cordula Zytur: Die Nachkriegsjahre im Spiegel der Rundfunkgeschichte. Zu einer WDR-Hörfunkreihe vom 29.1. - 31.12.1977. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 36, S. 1 - 2.
- (Cordula) Zy(tur): Zum 10.000 Mal Intermezzo-Programm im WWF. Zu einem Jubiläum im Westdeutschen Werbefernsehen. Fernseh-Dienst 1977, Nr. 37, S. 2 - 3.
- -: Die Zahl der Rundfunkteilnehmer im Vergleich mit der DDR. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 12, S. 280 (Stand: BRD 28.2.1977; DDR 31.12.1976).
- hrf.: Dr. Elmar Michel gestorben. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 12, S. 282.
- -: Der neue Entwurf des Bayerischen Fernsehens. TV-Courier/Dokumentation 1977, Nr. 22, S. 11 - 17.
- -: Artikel 111a der Bayerischen Verfassung gilt auch für Kabelfernsehen. "Pressenotiz" des Bayerischen Verfassungsgerichts zur Abweisung der Klage Schnitzlers. Kirche und Fernsehen 1977, Nr. 50, S. I - IX (vgl.-: In Bayern bleibt es beim ausschließlich öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 27, S. 1 - 3; ferner: Media Perspektiven 1977, Nr. 8, S. 464 - 487).
- -: KEF-Bericht: Personalaufwendungen. Aktueller Medien-Dienst 1977, Nr. 27 - 28, S. 11 - 19 [Abdruck des 3. Abschnittes des 1. Berichts der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF)].
- -: Erklärung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken zur Rundfunkfreiheit. (verabschiedet am 24.6.1977) Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 28, S. D1 - D2 (auch in: Aktueller Medien-Dienst 1977, Nr. 29, S. 13 - 15).
- -: Zur Chronologie des jüngsten Streits um den NDR: Kiel will den Staatsvertrag über den Norddeutschen Rundfunk zu 1980 kündigen. Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 29, S. 6 - 9 (vgl.: -: Staatsvertrags-Kündigung: Interpretationen und Reaktionen. Presse- und Funk-Interviews nach der Kündigungsmitteilung. Funk-Korrespondenz 1977, Nr. 30, S. 4 - 6).
- -: Die große Rundfunkrede von Gerhard Stoltenberg vor dem Kieler Landtag. Wortlaut der bemerkenswertesten Passagen. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 55, S. I - VII.
- -: Prof. Hubert Tohde neuer Intendant. (Saarländischer Rundfunk). Aktueller Medien-Dienst 1977, Nr. 29, S. 1 - 2.
- -: Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der Streitsache des Landes Schleswig-Holstein gegen das Land Niedersachsen und gegen die Freie und Hansestadt Hamburg über Rechtsaufsichtsmaßnahmen der beteiligten Länder gegen Organe des Norddeutschen Rundfunks. (vom 20.5.1977). Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 54, S. I - XXIV.

- -: "... ich kann nicht ausschließen, daß mehr dahiner steckt." Bürgermeister Klose zu den Rundfunkplänen von Ministerpräsident Stoltenberg. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 56, S. I - III (Interview in der HR-Hörfunkreihe "media" am 20.7.1977).
- -: Fernsehnutzung gleichbleibend, kleines Plus für ZDF und die Dritten. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 58, S. 5 - 6.
- -: Werbefernsehen und Werbefunk in der MA 77 (Medienanalyse 1977). Media Fakten 1977, Nr. 7, S. 14 - 23.
- -: Meister des Worts: Heinrich Greif. [In Sendemanuskripten geblättert] Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 1977, Nr. 1, S. 88 - 89.
- -: Statistics of Eurovision programmes and news exchanges, 1.1.1976 - 31.12.1976. EBU Review 1977, Nr. 4, S. 36 - 39.
- -: Wirtschaftsplan 1977 der Deutschen Film- und Fernsehakademie. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 15, S. 350 - 352.
- -: Stellungnahme der Landesrundfunkanstalten zum 'Ersten Bericht der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) vom 23.6.1977'. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 61, S. I - XXXIX.
- -: "Wettbewerb zwischen ARD und ZDF würde erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht." Zusammenfassung der ZDF-Stellungnahme zum KEF-Bericht und vier Seiten Synopse. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 62, S. I - XI.
- -: 100 Jahre Tonspeicherung. In den Funkhäusern: von der Wachsplatte zum Tonband. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 63, S. 3 - 5.
- -: Kabelkommunikation und Informationsvielfalt. Professoren-Gutachten im Auftrag des BMI. Aktueller Medien-Dienst 1977, Nr. 30/31, S. 12 - 17.
- -: "Intendant Martin Neuffer zur Kündigung des NDR-Staatsvertrages" - Erwiderung auf die Vorhalten von Gerhard Stoltenberg. Aktueller Medien-Dienst, 1977, Nr. 30/31, S. 18 - 26.
- -: Die anmeldepflichtigen Rundfunkgeräte am 30. Juni 1977. ARD-Pressedienst 1977, Nr. 35, S. I/4.
- -: Fußball an erster Stelle in der Zuschauergunst. 1976 gab es 17.926 Minuten Sport im Deutschen Fernsehen. ARD-Pressedienst 1977, Nr. 33, S. I/5.
- -: Workshop: Frauen und Medien. Funk-Report 1977, Nr. 19, S. 15 - 22.
- -: Auch WDR zieht Drittes Programm auf 19.00 Uhr vor, behält aber "Tagesschau" bei. Vorläufiges Endergebnis der Fernseh-Neuorganisation: Rückkehr zu Ressorts. Kirche und Rundfunk 1977, Nr. 69, S. 10 - 12.
- -: Zehn Jahre INRAK ARD/ZDF (Kommission für Investitionsplanung und Rationalisierung ARD/ZDF). Fernseh-Informationen 1977, Nr. 17, S. 397 - 398.
- -: Gottesdienste im Fernsehen. Erfahrungen mit einer medien-spezifischen Formen der Seelsorge. ZDF-Journal 1977, Nr. 37, S. 5 - 6.
- -: In 4 Jahren 200 "Auslandsjournale". TV-Courier 1977, Nr. 25, S. 5.
- -: Farbfernsehgeräte-Märkte noch lange nicht gesättigt. TV-Courier/Dokumentation, 1977, Nr. 28, S. 4 - 7.
- -: Große Anfrage der Fraktion der CDU im Landtag von Schleswig-Holstein zur Situation des NDR. TV-Courier/Dokumentation 1977, Nr. 25, S. 1 - 17.
- -: Termine im August. Fernseh-Informationen 1977, Nr. 13, S. 310; Termine im September. Nr. 15, S. 359 - 360; Termine im Oktober. Nr. 17, S. 405 - 406 (Rückschau auf die dt. Rundfunkgeschichte).